

TOP-Standpunkt

Fakten – Sager – Positionen



Eine gefährliche Drohung



Liebe Freundinnen und Freunde der Österreichischen Volkspartei!

Es gibt in unserem Land eine **rot-grüne Achse**, die – ausgehend von Wien – hinter den Kulissen zunehmend Gestalt annimmt. Wir sehen diese Entwicklung auch bei der täglichen politischen Auseinandersetzung, wenn sich etwa bei der **Einkommensteuer**, dem **Angriff auf die Familien**, der illusorischen **Arbeitszeitverkürzung** oder der **Abschaffung der Wehrpflicht** rot-grüne Mehrheiten bilden. Damit ist klar: Die rot-grüne Abkassiererei und Drüberfahrer-Mentalität, wie wir sie in Wien z.B. bei der Verhinderung von Volksbefragungen kennen, kann in unserem ganzen Land zur bedrohlichen Wirklichkeit werden.

Die Mehrheit der Wählerinnen und **Wähler haben Rot-Grün bisher links liegen lassen** – und wir sagen: Aus gutem Grund! Manche einschlägig **ideologisch motivierte Medien** scheinen sich davon nicht beirren zu lassen und **rufen nach einem rot-grünen Linksruck** in unserem Land.

Wir haben uns angesehen, was eine rot-grüne Bundesregierung für unsere Heimat bedeuten würde, und kommen zu dem erschreckenden Ergebnis: **Rot-Grün bringt zusätzliche Belastungen**, staatliche Bevormundung, Schuldenpolitik, ungezügelter Zuwanderung und Sicherheitsrisiken für unsere Heimat.

Dieses Argumentarium soll Aufschluss über die geplanten **rot-grünen Anschläge** geben und dabei **die Position unserer Volkspartei** im Detail darlegen. Denn nur **auf uns kann sich Österreich verlassen**.

Ja zu Österreich heißt: Nein zu Rot-Grün!

Mag. Hannes Rauch
ÖVP-Generalsekretär

Bildung	7	Justiz	40
Gesamtschule und Ganztagszwang		Abschaffung der Ehe	
Bildungs-Aus statt Ausbildung		Abschaffung von Lebenslänglich	
Massenfächer und katastrophale Studienbedingungen		Abtreibung auf Krankenschein	
Alles muss gratis sein		Legalisierung von Haschisch	
Ausgleich mit der Gießkanne: Grundgehalt für Studierende		Unkontrollierte Sterbehilfe	
Energie	12	Kinder für gleichgeschlechtliche Partnerschaften	
Hohe Energiepreise und Gefährdung der Energieversorgung		Landwirtschaft	46
EU und Außenpolitik	13	Aushungern des ländlichen Raums	
Abmeldung österreichischer Außenpolitik		Steuerknüppel für unsere Bäuerinnen und Bauern	
Grenzen auf – Kontrollen weg		Medien	48
Die Umverteilungsunion		Diktat der Kronen Zeitung und rot-grüner ORF	
Guantánamo-Häftlinge nach Österreich		Rot-Grün in Wien	49
Familien	17	Alles teurer für die Menschen	
Unseren Familien droht die Verstaatlichung		Ineffizientes Parkpickerl gegen die Bevölkerung	
Sachleistungen statt Geld		Soziales	51
Finanzen	19	Radikale Umverteilung und Recht auf Faulheit	
Mehr Staat, weniger Privat		Rückschritte im Pensionssystem	
Neue Schuldenpolitik		Verkehr	53
Mehr Steuern – weniger zum Leben		Autofahren wird teurer	
Privatisierungsstopp: Neuaufgabe der Verstaatlichten-Krise		Fußgänger werden zum Freiwild erklärt	
Noch mehr Verwaltung, Bürokratie und Beamte		Verteuerung des Verkehrs schadet der Wirtschaft	
Aufschnüren des Fiskalpakts		Verteidigung	56
Frauenpolitik	25	Abschaffung des Bundesheeres	
Frauenquote statt Selbstbestimmungsrecht		Ausverkauf unserer Sicherheit	
Inneres	26	Wirtschaft	58
Chaos und Anarchie		Soziale Hängematte durch höheres	
Städte als Drogenmagneten		Arbeitslosengeld	
Täterschutz statt Opferschutz		Arbeitszeitverkürzung, die den Wohlstand gefährdet	
Grenzenlose Zuwanderung		Überhöhter Mindestlohn zerstört Arbeitsplätze	
Asylmissbrauch wird Tür und Tor geöffnet		Überregulierung Arbeitsmarkt und Erhöhung	
Staatsbürgerschaft zum Schleuderpreis		Lohnnebenkosten	
Ausländerwahlrecht			
Aus für den Zivildienst			
Integration	34		
Alle Rechte, keine Pflichten			
Parallelgesellschaften			
Migrantinnen und Migranten sind Opfer			
Religion weg aus dem öffentlichen Raum			
Zwangskindergarten ab zwei			
Kein Handeln bei Schulpflichtverletzungen			



Gesamtschule und Ganztagszwang

Leistung, Wissenserwerb und die Förderung und Forderung von unterschiedlichen Fähigkeiten und Begabungen unserer Schülerinnen und Schüler sind bei Rot-Grün Fremdwörter. Stattdessen droht ihnen die verpflichtende ganztägige Gesamtschule. Statt die Vorteile unseres differenzierten Schulsystems zu nutzen, will Rot-Grün die bewährte Vielfalt abschaffen und stur die Gesamtschule bis 15 erzwingen.

Die Gymnasien werden zuerst ausgehungert, dann abgeschafft. Eltern, die es sich leisten können, geben ihre Kinder in teure Privatschulen. Und anstatt die freiwillige ganztägige Betreuung an Schulen weiter auszubauen, wollen SPÖ und Grüne die Schülerinnen und Schüler ganztägig in die Schule zwingen. Das stellt einen massiven staatlichen Eingriff in die Freiheit und die Freizeitgestaltung der Schülerinnen und Schüler und ihrer Familien dar.



Wahlfreiheit statt Zwang

Die Schule muss unsere Kinder individuell fördern – differenziert nach Eignung, Neigung und Leistung. Jedes Kind soll jene Schule besuchen, die es am besten fördert. Wir bauen eine bedarfsorientierte Nachmittagsbetreuung auf freiwilliger Basis aus. Wir haben versprochen und gehalten: Die Mittelschule kommt, das Gymnasium bleibt. Leistung muss sich lohnen: Wir bekennen uns zu einer klaren Leistungsbeurteilung durch Noten. Ergänzt wird die Beurteilung durch externe Rückmeldungen wie Bildungsstandards und die Mittlere Reife. Wichtig ist für uns, Schülern und Eltern Wahlfreiheit zu garantieren. Zwang und staatliche Bevormundungspolitik lehnen wir ab.



*„Mein politisches Ziel ist und bleibt die gemeinsame ganztägige Schule.“ – Ministerin Claudia Schmied
(OTS, 14.06.2012)*

„Die Grünen fordern eine Gemeinsame Schule der 6- bis 15-jährigen SchülerInnen.“

(gruene.at)

Rot-Grün heißt

Bildungs-Aus statt Ausbildung

Leistung und Bildung sind für Rot-Grün Nebensache. Denn mit Rot-Grün droht unseren Schülern die Abschaffung von Matura, Schulnoten und Sitzenbleiben und damit auch das Ende für Leistung an unseren Schulen. Lehrer sollen dann nur mehr „Coaches“ sein und die Schüler sollen selbst entscheiden, was sie lernen wollen, und sich außerdem freinehmen können, wann sie wollen. Das hat dann nichts mehr mit Bildung, sondern nur mehr mit leistungsfeindlicher linker Halligalli-Pädagogik zu tun. Damit erweisen wir unseren Kindern keinen guten Dienst.



Die beste Bildung für unsere Kinder

Die ÖVP steht für Leistung – und Leistung muss auch in der Schule eingefordert werden. Denn das Leben ist nicht immer spielerisch. Und eine reine Kuschelpädagogik wird uns insgesamt nicht weiterbringen. Fleiß, Bemühen, der Wille zur Leistung – das sind die Werte, die auch im Leben zählen.

! „LehrerInnen sollen weiters zu Coaches werden und nicht mehr mittels Noten die Richterfunktion einnehmen.“ – Grüne Bundessprecherin Eva Glawischnig

(gruene.at, 18.03.2009)

„In diesem Zusammenhang sprechen wir uns für die Abschaffung der Ziffernnoten aus und wollen stattdessen ein differenziertes Feedbacksystem für SchülerInnen.“ – SPÖ-Stadtrat in Wien Andreas Mailath-Pokorny

(bsa.at, 27.10.2011)

Rot-Grün heißt

Massenfächer und katastrophale Studienbedingungen

Tatsache ist: Die Universitäten leisten wesentlich mehr, als ihnen in der öffentlichen Meinung zugetraut wird. Aber: 55% der Studierenden studieren unregelmäßig in 20 Massenfächern, wodurch teilweise kein qualitativvolles Studium mehr möglich ist. Bis jetzt hat Rot-Grün auch angesichts dieser Situation noch keine Zustimmung zu einer notwendigen Lösung, zumindest in diesen wenigen Brennpunkten, erkennen lassen.



Geregelter Unizugang für mehr Qualität

Während sich Rot-Grün in der fehlgeleiteten Vorstellung des unbeschränkten Bildungszugangs verfängt, hat die ÖVP alle Antworten für ein modernes, gerechtes und leistungsfähiges Hochschulwesen!

Der Hausverstand lehrt: Eine Universität kann nur so viele Studierende aufnehmen, wie sie Kapazitäten besitzt, um sie in guter Qualität auszubilden. Alles andere ist unfair gegenüber den Studierenden, der Universität selbst und dem Steuerzahler. Daher ist ein geregelter Unizugang international üblich. Mit dem Hochschulplan und der Studienplatzfinanzierung soll der Hochschulsektor fit für die Zukunft gemacht werden. Ohne Zugangsregelungen ist eine solche strategische Universitätsentwicklung unmöglich. Unfair ist es auch jenen Studierenden gegenüber, die in Massenfächern nach mehreren zermürenden Semestern aufgrund der schwierigen Studienbedingungen das Handtuch werfen und damit wertvolle Ausbildungszeit für sich vergeuden.

! „Nur ein Hochschulzugang, der für alle frei und offen ist, ohne Zugangsbeschränkungen ... ist ein sozial gerechter Zugang.“ – Josef Ackerl

(OTS, 26.01.2012)

Bundeskanzler Werner Faymann hat bei den Unis einen neuerlichen Schwenk vollzogen: Neue Zugangsregelungen sind „von uns aus nicht beabsichtigt“, verkündete Faymanns Sprecherin, Angelika Feigl, gestern.

(nachrichten.at, 05.11.2009)

Rot-Grün heißt

Alles muss gratis sein

Tatsache ist: Rot-Grün verweigert jede Zustimmung zu sozial gerechten und budgetär notwendigen Studienbeiträgen, die für unsere Universitäten eine zusätzliche Finanzierungsgrundlage darstellen. Rot-Grün ist verantwortlich für eine Regelung, die technisch mangelhaft war und vom VfGH gekippt wurde. Die Ironie dabei ist: Inhaltlich bemängeln sie heute ihre eigene Regelung von 2008: Die Grünen kritisierten das Einheben bei Drittstaatsangehörigen durch die autonomen aktuellen Regelungen der Universitäten. Tatsache ist, dass die Unis jetzt nur die Regelungen der rot-grünen Koalition nachbilden. Was kostet das Österreich? Der Entfall der Studienbeiträge entspricht ca. 6% des Universitätsbudgets.



Sozial gerechtes Modell für Studienbeiträge

Es soll nach unserem Modell keine allgemeinen Studienbeiträge mehr geben, sondern die Unis sollen autonom entscheiden, ob und wie hohe Gebühren sie einheben. Das stärkt unsere Unis in ihrer Selbstbestimmung. Das Modell enthält auch eine Großzahl an sozialen Maßnahmen: verpflichtende Ausnahmen, Möglichkeit für Rektoren, weitere Ausnahmegruppen zu definieren, verpflichtende Widmung von 10% der Einnahmen für einen Sozialfonds für Studierende, Ausbau des existierenden Studienförderungssystems. Die Universität hat auch die Möglichkeit, ihren Studierenden die Beiträge bis übers Ende des Studiums zu stunden. Die Folge: mehr Geld direkt für die Unis, mehr Verbindlichkeit des Studiums, mehr gesellschaftliche Gerechtigkeit.

! „Der Beschluss der SPÖ ist gegen Studiengebühren. ... Wichtig ist, dass es keine finanziellen Hürden für Studierende gibt.“ – Werner Faymann
(Der Standard, 17.12.2011)

Rot-Grün heißt

Ausgleich mit der Gießkanne: Grundgehalt für Studierende

Die ÖH – geführt durch die Jugendorganisationen von Rot und Grün – fordert in ihrem Forum Hochschule ein Grundstipendium in der Höhe von 10.000 Euro pro Jahr für alle Studierenden für die tatsächliche Studiendauer von 24 Semestern. Während dieser 24 Semester (12 Jahre!) müssen pro Studienjahr 16 ECTS an Studienleistungen nachgewiesen werden. Zum Vergleich: Pro Studienjahr sind rund 60 ECTS (30 ECTS pro Semester) zu absolvieren, um den Bachelor oder Master in der dafür vorgesehenen Zeit (6 Semester) abzuschließen. Was kostet das Österreich? Es können bei vorsichtiger Schätzung bis zu 200.000 Studierende das Grundstipendium erhalten. Ein Grundstipendium nach der Idee von Rot-Grün würde bei 150.000 Bezugsberechtigten Mehrausgaben von rund 1,5 Mrd. Euro und bei 200.000 Bezugsberechtigten Mehrausgaben von rund 2 Mrd. Euro pro Jahr bedeuten. Zudem besteht das rechtliche Problem, dass man dieses Grundstipendium allen europäischen Studierenden bezahlen müsste.



Sozialer Ausgleich durch treffsichere Instrumente

Es existiert bereits ein leistungsfähiges Stipendien-system für sozial bedürftige Studierende über die Studienförderung, Stipendien und indirekt über die Familienbeihilfe. Bei der Familienbeihilfe beziehen rund 100.000 Studierende beziehungsweise deren Eltern 1.800 Euro pro Jahr – das sind rund 180 Mio. Euro pro Jahr an Familienbeihilfe für Studierende. Studienbeihilfe beziehen rund 45.000 Studierende. Das Gesamtvolumen beträgt rund 200 Mio. Euro pro Jahr. Wir nehmen durch das existierende Studienförderungssystem unsere Verantwortung gegenüber sozial Benachteiligten wahr und treten gegen das Gießkannenprinzip bei der finanziellen Förderpolitik ein.

! „Die einzige Möglichkeit, um die Unabhängigkeit der Studierenden von ihren Eltern zu gewährleisten, ist ein Grundstipendium für alle Studierenden.“
(Forum Hochschule der ÖH 2012)



Hohe Energiepreise und Gefährdung der Energieversorgung

Rot-Grün fordert den ungezügelten Ausbau Erneuerbarer Energien ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit einzelner Energieformen – was eine deutliche Steigerung der Energiepreise bedeutet. Gleichzeitig stellen sich die Grünen immer wieder gegen Ökostromprojekte, z.B. bei Wasserkraft, sowie gegen den notwendigen raschen Ausbau der Stromnetze und gefährden damit die Versorgungssicherheit in Österreich. Außerdem will Rot-Grün mit unausgeglichene Steuern auf einzelne Energieträger nicht nur unsere Bürger, sondern auch unsere Unternehmen enorm belasten. Diese naive Energiepolitik von Rot-Grün gefährdet Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich. Bei Atomenergie schreien die Grünen zwar am lautesten von allen, schlagen aber keine umsetzbaren Lösungen vor, sondern nur solche, die mit EU-Recht nicht vereinbar sind bzw. nur mit einem Kappen der Stromleitungen an der Grenze zu erreichen wären.



ÖVP sichert Ausbau Erneuerbarer Energien

Aufbauend auf der Energiestrategie Österreich hat die ÖVP mit dem Ökostromgesetz 2012 die Subventionen für Ökostrom auf hohem Niveau gedeckelt und damit der technologischen Entwicklung Rechnung getragen. Österreich liegt im EU-Vergleich im Bereich Energie und Klima im Spitzenfeld: 1. Platz beim Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung, 4. Platz beim Anteil der Erneuerbaren Energien am Energieverbrauch und 4. Platz innerhalb der EU bei der Gesamtenergieintensität. Die ÖVP hat beim Energiegipfel am 16. April 2012 ein umsetzbares Paket zur Sicherstellung der Atomstromfreiheit Österreichs bis 2015 auf den Tisch gelegt.



„Wir brauchen wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die den Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen erheblich verteuern ...“

(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)



Abmeldung österreichischer Außenpolitik

Kommt Rot-Grün, würde das die völlige Abmeldung Österreichs von jeglicher seriöser, glaubwürdiger und verlässlicher Außenpolitik in Europa und der restlichen Welt bedeuten. Denn die Grünen haben überhaupt kein außenpolitisches Profil und Bundeskanzler Faymann ist im Ausland nicht als Bundeskanzler Österreichs, sondern als Mitarbeiter Mario Montis bekannt und richtet seine Politik mehr nach der Kronen Zeitung als nach sachlichen Argumenten aus. Verteidigungsminister Darabos bezeichnet ausländische Minister schon mal gern als unerträglich und ramponiert so den Ruf unserer Heimat.



Außenpolitik Marke ÖVP

Wir stehen für eine aktive, seriöse und glaubwürdige österreichische Außenpolitik. Mit dem von der ÖVP geführten Außenministerium ist Österreich international ein verlässlicher Partner und wichtige Stimme in der EU. Internationale Politik lebt von Vertrauen und Verlässlichkeit zwischen den Nationen. Durch unsere hervorragende Arbeit in internationalen Gremien, wie etwa im UN-Sicherheitsrat (2009–2010) und im UN-Menschenrechtsrat (2011–2014), stellen wir das eindrucksvoll unter Beweis.



Israel stellt „offenbar Außenfeinde wie den Iran oder auch die Palästinenser in den Vordergrund, um von inneren sozialen Problemen abzulenken. Und wenn Sie mich so offen fragen: Ein Herr Lieberman ist für mich als Mitglied der israelischen Regierung unerträglich.“ – Norbert Darabos

(diepresse.com, 19.05.2012)

*„Sehr geehrter Herausgeber! ...“ – Werner Faymann
(Offener Brief an Krone-Herausgeber Hans Dichand, krone.at, 26.06.2008)*



Grenzen auf – Kontrollen weg

Kommt Rot-Grün, wird die Visapflicht für die Türkei, Russland, Kosovo u.a. abgeschafft. Die legale Einreise ohne Visum würde dann missbraucht werden, um nach Österreich einzureisen und hier einen Asylantrag zu stellen. Die Anzahl illegaler Migranten würde stark steigen! Außerdem wollen es die rot-grünen Gutmenschen den Mitgliedstaaten unmöglich machen, vorübergehend Grenzkontrollen wieder einzuführen. Es gilt das Credo, dass jeder in Österreich willkommen ist, auch wenn er illegal hierherkommt. Denn glaubt man den grünen Realitätsverweigerern, existiert illegale Migration nur deshalb, weil man zu wenig legale Migration betreibt. Probleme mit illegaler Migration und Schlepperei würden deshalb nicht mehr zielgerichtet bekämpft werden.



Sichere Grenzen – Schutz für Hilfesuchende

Durch das Schengener Abkommen und den damit verbundenen Abbau von Grenzkontrollen in Europa wird heute mehr als 400 Millionen Menschen Reisefreiheit gewährt. Mit der Schaffung des Schengen-Raumes wurde auch beschlossen, dass die gemeinsamen Außengrenzen nach gemeinsamen Standards zu sichern und zu überwachen sind.

Unser christliches Menschenbild und die europäischen Grundwerte verpflichten uns dazu, Menschen, die in ihren Heimatländern verfolgt werden, möglichst rasch Schutz zu bieten. Da das Asylrecht aber auch missbraucht wird, müssen die Fälle, in denen ein Schutzbedürfnis nur vorgeschoben wird, in raschen Verfahren geklärt werden. Die sogenannte „Dublin-Verordnung“, wonach immer der Mitgliedstaat für das Asylverfahren zuständig bleibt, den der Asylwerber als Erstes betreten hat, muss auch in Zukunft Gültigkeit behalten.

! „Das System Dublin muss überdacht werden.“

! „Kein Mensch ist illegal.“

(gruene.at)



Die Umverteilungsunion

Statt konsequent zu sparen, um von den horrenden Schulden herunterzukommen, würde Rot-Grün im linkslinken Gleichschritt mit europäischen Sozialisten wie François Hollande in Frankreich die Schulden einiger europäischer Länder vergemeinschaften und damit zu Schulden aller Länder Europas machen. Griechenlands Schuldenpolitik wäre damit auch unmittelbar ein Problem für Österreich, denn dann könnte Griechenland Schulden aufnehmen, und Österreich müsste im Ernstfall dafür einstehen. Das ist der Aufruf an hoch verschuldete Staaten, sofort die Sparanstrengungen einzustellen und wieder Geld zum Fenster rauszuwerfen – unser Geld. In anderen Worten heißt das: Schuldenpolitiker aller Länder vereinigt euch!



Konsequenter Schuldenabbau in Europa

Eine Vergemeinschaftung der Schulden würde das Schuldenproblem einiger Länder nur auf andere Länder auslagern. Es führt kein Weg an der Budgetkonsolidierung der Euro-Staaten vorbei. Deshalb gilt für uns: Schuldenpolitik ist keine Zukunftspolitik! Sie schränkt den Spielraum kommender Generationen ein und ist keine Basis für ein solides Wachstum.

! Bundeskanzler Werner Faymann steht in der Debatte über die Euro-Bonds auf der Seite des französischen Präsidenten François Hollande: „Ja, ich unterstütze Hollande vollinhaltlich, der diese Frage beim EU-Treffen ansprechen will.“ – Werner Faymann

(kleinezeitung.at, 22.05.2012)

„Dabei sehen wir ein geordnetes Entschuldungsverfahren für Staaten, die Beteiligung Privater und die Einführung von Euro-Bonds als zentral an.“ – Werner Kogler

(gruene.at, 18.07.2011)



Guantánamo-Häftlinge nach Österreich

Ginge es nach Rot-Grün, würde Österreich zur Gefängnisinsel. Denn bereits 2009, als US-Präsident Obama die Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo plante, stürmten die Grünen vor und wollten gleich Häftlinge aufnehmen.



Keine Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen

Die Schließung des Gefangenenlagers ist zu begrüßen, die Angelegenheit ist aber primär ein Problem der USA. Wer ein Problem verursacht, muss es auch lösen. Österreich ist daher nicht bereit, Gefangene aufzunehmen, ohne überhaupt deren Status zu kennen. Innerhalb der EU steht es jedem Staat frei, selbst über eine Aufnahme zu entscheiden.



„Auf jeden Fall soll Österreich Häftlinge aufnehmen.“ – Alexander Van der Bellen

(derstandard.at, 30.06.2009)

„Wenn die USA um Hilfe ansuchen, sollte sich Österreich nicht verschließen. Denn jahrelang wurde das Ende von Guantánamo von Österreich gefordert, dann sollte man auch helfen, wenn unschuldig Inhaftierte eine neue Heimat brauchen.“ – Eva Glawischnig

(oe24.at, 23.01.2009)



Unseren Familien droht die Verstaatlichung

Rot-Grün will mit Zwang in die Familie hineinregieren: Frauenministerin Heinisch-Hosek will die verpflichtende Väterkarenz einführen und das Elternrecht auf Teilzeit abschaffen. Und die Grünen wollen den verpflichtenden Kindergarten ab Zwei einführen. Mit der Selbstbestimmung und Wahlfreiheit für unsere Familien ist Schluss, wenn Rot-Grün die Familien unter staatliche Obsorge stellt.



Wahlfreiheit für unsere Familien

Die ÖVP steht für Wahlfreiheit. Gerade für junge Familien mit Kindern sind flexible Arbeitsmodelle und unterschiedliche Modelle der Lebensgestaltung wichtig. Die Elternteilzeit ist eine Errungenschaft, die Familien Wahlfreiheit bietet und wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Sie abschaffen zu wollen, um Eltern in Vollzeitarbeit zu stecken, geht völlig an den Lebensrealitäten der Familien vorbei. Die Politik muss den Rahmen so setzen, dass die Menschen ihr Modell wählen können. Die Väterkarenz stellt ein Angebot an Väter dar, eine gewisse Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können. Väter nehmen erfreulicherweise eine immer stärkere Rolle in der Kindererziehung ein, die auf freiwilliger Basis weiter gestärkt werden soll.



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek wünscht sich einen verpflichtenden Papamonat.

(diepresse.com, 05.03.2012)

Frauenministerin Heinisch-Hosek will angesichts des diesjährigen Frauentags die Teilzeitarbeit mit einem Fünf-Punkte-Programm zurückdrängen.

(kleinezeitung.at, 07.03.2012)

„Ich verstehe die Mutter-bleib-beim-Kind-Mentalität nicht.“ – Gabriele Heinisch-Hosek

(Der Standard, 02.05.2012)

„... Kinder ab dem dritten Lebensjahr für zehn bis zwölf Stunden in der Woche in den Kindergarten schicken.“ – Eva Glawischnig

(Die Presse, 12.10.2010)

Rot-Grün heißt

Sachleistungen statt Geld

Wahlfreiheit ist Rot-Grün ein Dorn im Auge. Denn wenn die Menschen selbst entscheiden und ihr Leben in die eigene Hand nehmen können, dann hat der Staat weniger zu sagen. Und das will Rot-Grün nicht. Deshalb will auch Heinisch-Hosek alle steuerlichen Frei- und Absetzbeträge, wie etwa den Alleinverdienerabsetzbetrag, den Kinderfreibetrag und die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten abschaffen. Geldleistungen sollen gekürzt und Kinder so früh wie möglich in Betreuungseinrichtungen gesteckt werden. Somit wird die Familie mit Mann, Frau und Kindern unter Rot-Grün zum Auslaufmodell. Die rot-grünen Forderungen „Sachleistung statt Geldleistung“ und „staatliche Kleinkindererziehung vor familiärer Umsorgung“ sind alte Parolen linker Ideologen.



Wahlfreiheit für unsere Familien

Familien sollen selbst entscheiden, was für sie wichtig ist. Für vielfältige Lebensrealitäten der Menschen braucht es unterschiedliche Zugänge. Gerade die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten war eine der besten familien- und steuerpolitischen Maßnahmen der vergangenen Jahre. Darüber hinaus treten wir für die Einführung eines Steuerfreibetrages für Familien in der Höhe von 7.000 Euro pro Kind/Jahr ein. Geldleistungen ermöglichen unseren Familien Wahlfreiheit. Das Ziel einer vernünftigen Familienpolitik muss ein intelligenter Mix aus Geld- und Sachleistungen sein, damit wir unseren Familien die bestmöglichen Rahmenbedingungen bieten können.

! „Wir Grüne haben bereits ... ein Grünes Modell vorgestellt. Dieses zielt im Kern darauf ab weg von Geldleistungen (z.B. steuerliche Absetz- und Freibeträge) zu gehen und in Sachleistungen zu investieren.“ – Daniela Musiol

(gruene.at, 06.06.2012)

SP-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ... spricht sich für eine ... Abschaffung der steuerlichen Frei- und Absetzbeträge aus.

(diepresse.com, 06.06.2012)

Rot-Grün heißt

Mehr Staat, weniger Privat

Mit Rot-Grün kommen die Etatisten an die Macht. Der Staat breitet sich in immer mehr Lebensbereiche der Bürger aus. Alles, was manchen ein Dorn im Auge ist, wird reguliert und geregelt: Verbot von Zigarettensautomaten, Radfahrer müssen Nummerntaferl anmelden, Tests für alle Hundehalter, Verbot von Plastiksackerl, Verbot von SUVs in Stadtzentren, Tempo 100 auf der Autobahn, Baustopp aller Autobahn- und Schnellstraßenprojekte. Die Verwaltung wird aufgebläht, immer mehr Behörden schaffen immer mehr Gesetze. Die Staatsquote wird vergrößert, der Staat zum großen Moloch, der private Initiative im Keim erstickt. Um die Freiheit in unserem Land ist es schlecht bestellt.



Freiheitsräume erhalten

Freiheit ist ein hohes Gut, das es zu verteidigen gilt. Der Staat darf seine Bürgerinnen und Bürger nicht entmündigen, sondern muss die Rahmenbedingungen so setzen, dass Freiheit gewährleistet wird und sich Leistung lohnt. Die Aufgaben des Staates müssen einer ständigen Überprüfung unterzogen werden. Denn ein Staat, der alles regelt, verkommt zu einem schwachen Staat. Wir bemühen uns bei der Entwicklung von Gesetzen um klare und einfache Vorschriften und treten einer drohenden Verrechtlichung aller Lebensbereiche entgegen.

! „Grüne Politik verlangt nach einem aktiven Staat, der seinen Regulierungsaufgaben nachkommt.“

(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)

! „Wir brauchen einen neuen ordnungspolitischen Rahmen, der den vielfältigen Formen des Marktverhaltens vorbeugt.“

(Sozialdemokratische Überlegungen für eine Neue Europäische Wirtschaftspolitik, 2009)

! „Dem Staat kommen wesentliche Aufgaben in der Gestaltung einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung zu.“

(Sozialdemokratische Überlegungen für eine Neue Europäische Wirtschaftspolitik, 2009)



Neue Schuldenpolitik

SPÖ und Grüne in einer Regierung heißt neue Schuldenpolitik. Denn es war immer die ÖVP, die die SPÖ zum Sparen verpflichtet hat. Dass auch die Grünen gern auf Kosten der nächsten Generation leben, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass sie der von uns geforderten Schuldenbremse in Verfassungsrang beharrlich die Zustimmung verweigert haben. Rot und Grün sind sich einig: Schulden sind kein Problem. Steuereinnahmen werden mit vollen Händen ausgegeben, um die rot-grüne Bevormundungs-Politik zu finanzieren.

Dass die Folgen der Schuldenpolitik die nächste Generation tragen wird, kümmert Rot-Grün wenig.



Runter von den Schulden

Die ÖVP hat sich für die Schuldenbremse starkgemacht und auch die SPÖ davon überzeugen können, dass es verantwortungslos ist, Schulden zu machen. Mit dem Reformpaket erreichen wir 2016 ein Nulldefizit und 2020 werden wir die Staatsschulden auf 60% der Wirtschaftsleistung gedrückt haben. Sparen ist kein Selbstzweck. Unser Motto lautet: Zuerst runter mit den Schulden und dann runter mit den Steuern.

! *Faktenlage: In 30 Jahren SPÖ-Finanzminister und Bundeskanzler ist die Schuldenquote von 18,2% (1970) auf 67,2% (1999) gestiegen. In keinem einzigen Jahr – auch nicht in Phasen der Hochkonjunktur – wurden Überschüsse erwirtschaftet. Durch die verantwortungsvolle Finanzpolitik der ÖVP konnte die Schuldenquote von 2000 bis 2007 auf unter 60% gesenkt werden.*

„Die Regierung muss zur Kenntnis nehmen, dass wir bei einer Überschrift nicht dabei sind.“ – Eva Glawischnig zur Schuldenbremse

(Pressekonferenz, 05.12.2011)

„Ein ‚Blankoscheck‘ für die Schuldenbremse in der Verfassung ist nicht denkbar.“ – Werner Kogler

(Grüner Jahresauftakt 2012)



Mehr Steuern – Weniger zum Leben

Was Rot und Grün als „Reichensteuer“ propagieren, ist in Wirklichkeit ein Anschlag auf den Mittelstand. Besteuert werden alle, die sich im Leben etwas geschaffen haben: Steuer auf Eigentum, Erbschaftsteuer, Schenkungssteuer werden eingeführt, die Mineralölsteuer erhöht, die Grundsteuer verdoppelt und es kommt ein Anschlag auf den Wirtschafts- und Arbeitsstandort: Anhebung der Körperschaftsteuer, Abschaffung Gruppenbesteuerung, höhere Besteuerung von Überstunden, Abschaffung des begünstigten 13./14. für Selbständige, Aufhebung der Pauschalierung der Landwirtschaft und für andere Berufe. Mit dieser Stimmungsmache werden die Menschen und die Wirtschaft verunsichert. Es ist das falsche Signal, immer mit neuen Steuern zu drohen. Die SPÖ ist mit 24 neuen Steuer-Ideen in die Verhandlungen zum Reformpaket gegangen, diese Ideen könnten Wirklichkeit werden.



Mittelstand entlasten: weniger, einfacher und leistungsgerechter

Die ÖVP ist die Partei für alle, die etwas leisten oder leisten wollen. Arbeit muss mehr wert sein – sowohl von der Wertigkeit in der Gesellschaft als auch am Lohnzettel. Wir haben derzeit eine enorme Schieflage bei Steuern, der Mittelstand finanziert den Sozialstaat. Deshalb müssen wir ein gerechteres Steuersystem entwickeln. Das Motto lautet: Weniger, einfacher und leistungsgerechter. Weniger: Die aktuelle Abgabenquote ist zu hoch. Einfacher: Das Steuersystem muss für jeden verständlich und nachvollziehbar sein. Leistungsgerechter: Fast die Hälfte der Steuerpflichtigen zahlt keine Einkommenssteuer. Und mit einem Freibetrag von 7.000 Euro pro Kind wollen wir Familien entlasten.



SPÖ präsentiert 24 Steuer-Ideen – Bis zu vier Milliarden Euro Einnahmen denkbar.

(Wiener Zeitung und andere, 20.12.2011)

Grünen-Chefin Glawischnig fordert 4 Mrd. Euro durch Vermögenssteuer.

(diepresse.com, 20.11.2012)

Rot-Grün heißt Privatisierungsstopp: Neuaufgabe Verstaatlichten-Krise

Die Krise der Verstaatlichten sollte uns eine Lehre sein, dass zu viel Staat den Unternehmen schadet. In den Jahren 1981–1990 musste der Staat an Gesellschaften der ÖIAG rund 4,3 Mrd. Euro an Kapital zuschießen. Die SPÖ lebt jedoch noch immer in der nostalgischen Verklärung und wünscht sich den Staat als Unternehmer zurück. Die ÖIAG soll abgeschafft werden, um den direkten Zugriff auf die staatlichen Betriebe zu erleichtern. Die ÖBB ist dafür ein warnendes Beispiel. In den Grünen findet die SPÖ den Erfüllungsgehilfen, damit in die staatlichen Betriebe wieder hineinregiert werden kann.

ÖVP Politik soll sich aus den Unternehmen heraushalten

Auf Betreiben der ÖVP wurden die staatlichen Unternehmen schrittweise privatisiert. Betriebe, die einst am Tropf des Steuerzahlers hingen, sind heute österreichische Vorzeigeunternehmen. Die vollprivatisierte voestalpine beispielsweise spielt in der höchsten Liga der Stahlbranche mit und beschäftigt weltweit rund 40.000 Mitarbeiter. Und: Privatisierungen sind kein Ausverkauf österreichischer Unternehmen. Über ein Beteiligungsmodell halten die Mitarbeiter der voestalpine rund 13% der Anteile am Unternehmen. Die ÖVP ist die einzige Partei, die wirtschaften kann. Deshalb wurde die ÖIAG entpolitisiert und hat heute den Auftrag, den Wert der verbleibenden staatlichen Beteiligungen zu steigern.

! „Die gehört abgeschafft.“ – Faymann über die ÖIAG
(heute.at, 12.07.2009)

■ „Demokratisch kontrollierte Regulierungsbehörden müssen sicherstellen, dass die privaten Unternehmen ihrem öffentlichen Auftrag nachkommen. Gelingt dies nicht, so halten wir eine Rückführung in öffentliches Eigentum für gerechtfertigt.“
(Sozialdemokratische Überlegungen für eine Neue Europäische Wirtschaftspolitik, 2009)

„Die Grünen lehnen einen weiteren Verkauf von öffentlichem Eigentum ... ab.“

(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)

Rot-Grün heißt Noch mehr Verwaltung, Bürokratie und Beamte

Nach wichtigen Einsparungen im Öffentlichen Dienst würde Rot-Grün einen Rückfall in alte Muster bedeuten. Denn der Blick auf Wien zeigt, dass hier offensichtliche Einsparungspotenziale in der Verwaltung nicht genutzt werden. So wurde das im Rahmen des Finanzausgleichs 2006–2010 festgelegte Sparziel um ganze 590 Millionen Euro verfehlt. Auch für die Umsetzung der Pensionsreform nimmt sich Wien 14 Jahre länger Zeit als der Bund. Anstatt jedoch die Kritik des Rechnungshofes ernst zu nehmen, installiert Rot-Grün lieber für jeden Bereich einen neuen Beauftragten, der auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geht.

ÖVP Effiziente Verwaltung mit schlanken Strukturen

Wir wollen die Verwaltung verschlanken, da hier viel Einsparungspotenzial liegt, und sicherstellen, dass das Steuergeld der Menschen sinnvoll eingesetzt wird. Denn klar ist: Doppelgleisigkeiten sind teuer, ineffizient und bringen keinen Mehrwert für die Bürger. Deshalb haben wir bereits eine Polizeireform und die Zusammenlegung von Verwaltungsgerichten eingeleitet. Mit dem künftigen Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl schaffen wir eine zentral zuständige, statt 194 verstreute Stellen. Auch mit dem Reformpaket setzen wir weiter auf Strukturreformen in unserer Verwaltung.

! „Wir sind wahrscheinlich das letzte Bundesland, das etwas verkleinern sollte.“ – Michael Häupl
(oe24.at, 21.07.2011)

„Ich warne aber entschieden vor einer Schuldenbremse, wie sie im Bund diskutiert wird.“ – Maria Vassilakou

(Der Standard, 25.11.2011)

„Wiener Grüne sprechen sich gegen eine Nulllohnrunde für Beamte in Wien aus.“

(OTS, 18.06.2012)



Aufschnüren des Fiskalpakts

Lange haben wir in der EU dafür gekämpft, dass sich alle Staaten zum Sparen bekennen. Mit dem Fiskalpaket haben wir das richtige Instrument dafür geschaffen. Er verpflichtet zu strikter Haushaltsdisziplin und schafft gleichzeitig strengere Sanktionsmechanismen für Defizitsünder.

Ein Aufschnüren des Fiskalpaktes bringt ein Zurückfallen in alte Verhaltensmuster. Wie wankelmütig Werner Faymann in dieser Frage ist, zeigt die Wahl des neuen französischen Präsidenten. Seit dem Einzug des Sozialisten Hollande in den Élysée-Palast wittert die SPÖ Morgenluft. Doch Wachstum durch neue Schulden ist ein Rezept von vorgestern. Die Eurokrise ist in erster Linie eine Staatsschuldenkrise und kann nicht durch neues Schuldenmachen gelöst werden.



Ja zum Fiskalpaket

Österreich hat den Reformkurs bereits eingeschlagen. Wir wollen, dass auch die anderen Länder ihre Hausaufgaben machen, und dazu brauchen wir Verbindlichkeit durch den Fiskalpaket. Wachstum darf nicht auf Pump und über neue Schulden finanziert werden. Deshalb sagen wir „Ja“ zu Wachstum und „Nein“ zu neuen Schulden. Wir wollen einen EU-Wachstumsfonds für Klein- und Mittelständische Unternehmen, der aus bestehenden EU-Mitteln gespeist wird, und keine neuen Schulden.



„Ich bin dafür, den Fiskalpaket vorerst nicht zu beschließen.“ – SPÖ-Finanzsprecher Kai Jan Krainer

(Der Standard, 09.05.2012)

„Der Beschluss der Bundesregierung zum sogenannten Fiskalpaket ist eine demokratie- und wirtschaftspolitische Fehlentscheidung.“ – Werner Kogler

(gruene.at, 20.03.2012)



Frauenquote statt Selbstbestimmungsrecht

Die rot-grüne Frauenpolitik schießt am Ziel vorbei. Nicht Frauen und ihre Anliegen stehen im Mittelpunkt, sondern Zwangsquoten in allen Lebensbereichen werden als Allheilmittel eingeführt. Die von Frauen erkämpfte Selbstbestimmung und Wahlfreiheit werden zu rot-grünen Fremdwörtern. Denn unter Rot-Grün entscheidet die Politik, wie Frauen zu arbeiten haben und wie lange sie bei ihren Kindern bleiben dürfen. Die Konsequenzen der rot-grünen Frauenpolitik muss auch die Privatwirtschaft tragen: Anstellungen erfolgen dann nur mehr nach Geschlecht und nicht nach Qualifikation und Leistungsbereitschaft.



Gleichstellung und Wahlfreiheit

Die ÖVP bekennt sich zur Gleichstellung von Frau und Mann. Sie ist für uns eine Selbstverständlichkeit, denn wir wollen, dass gleiche Leistung auch gleich bewertet wird. Besserstellungen, die sich allein aufgrund des Geschlechts ergeben, lehnen wir ab. Klar ist aber auch: Frauen sollen selbst bestimmen, wie sie ihr Leben gestalten möchten. Wahlfreiheit hat für uns Priorität. Unsere Aufgabe ist es daher, durch flexible Arbeitszeitmodelle und den Ausbau bedarfsgerechter Kinderbetreuung die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass wir Frauen diese Wahlfreiheit ermöglichen.



„Es ist in allen Lebensbereichen, z.B. öffentliche Verwaltung, Parteien, Interessenvertretungen, aber auch in der Privatwirtschaft, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen mit einer Quotenregelung von 50% anzustreben.“

(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)

„Aktive Gleichstellungspolitik bedeutet für uns auch, dass Frauen bei Personalentscheidungen bei gleicher Qualifikation bevorzugt behandelt werden ...“

(SPÖ Grundsatzprogramm 1998)

„Ich verstehe die Mutter-bleib-beim-Kind-Mentalität nicht.“ – Gabriele Heinisch-Hosek

(Der Standard, 02.05.2012)



Chaos und Anarchie

Unter Rot-Grün ist es mit Recht und Ordnung vorbei. Ziviler Ungehorsam, wo jeder tun und lassen kann, was er will, steht dann auf der Tagesordnung. Während die einen pflichtbewusst für ihre Wohnung oder ihr Eigenheim aufkommen, wird das Gebäude nebenan auf unbestimmte Zeit besetzt gehalten. Und das rechtmäßig! Ganz nach dem Motto: Wer drin ist, dem gehört's. Denn was sich hinter dem Grünen Code-Wort „ziviler Ungehorsam“ verbirgt, ist die Legalisierung von Hausbesetzungen, die Schwächung der Exekutive und die Stärkung von Demonstranten und Randalierern.

Linke Chaoten, teilweise auch von Grünen NR-Abgeordneten begleitet, ziehen durch Wien und bewerfen und beschimpfen die eingesetzten Polizisten. Jede faktische Maßnahme der Polizei wird mittels parlamentarischer Anfrage und mittels Rechtsanwalt hinterfragt und schlechtgemacht. Der Verkehr wird zum Erliegen gebracht und die Wirtschaft nachhaltig dadurch geschädigt.



Stärkung der Polizei und hartes Durchgreifen gegen Chaotentum

Die ÖVP duldet keine Verletzungen von Polizistinnen und Polizisten durch Chaotentum. Demonstrationen, die die Stadt nachhaltig beeinträchtigen bzw. bewusst den Verkehr lahmlegen und damit die Wirtschaft schädigen, gehören untersagt. Die strafrechtliche Verfolgung der Täter muss rigoros durchgesetzt werden. Anarchismus in dieser Form darf nicht geduldet werden. Abgeordnete, die das unterstützen, gehören zur Verantwortung gezogen und dürfen sich nicht hinter ihrer Immunität verstecken.

! „In der Geschichte der Grünen gibt es eine ganze Reihe von Beispielen zivilen Ungehorsams, die auf die Politik starken Einfluss genommen haben ...“
(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)

Konkret fordert sie daher „ein Gesetz, das die Inanspruchnahme von Immobilien ermöglicht, die über ein Jahr leer stehen.“ – Grüne Martina Wurzer
(derstandard.at, 23.08.2010)



Städte als Drogenmagneten

Beim ersten rot-grünen Koalitionsabkommen hat der Aspekt Sicherheit keinen Platz gefunden. Sicherheits-einbauten werden nicht gefördert und Problembe-reiche (z.B. Drogen) finden nicht einmal Erwähnung. Die grüne linksliberale Politik hat nunmehr auch auf Rot übergegriffen und der Schutz der Bevölkerung bleibt dabei auf der Strecke. Kriminelle, Illegale und Drogen-süchtige sind dieser Regierung wichtiger als die brav arbeitenden Bürger dieser Stadt. Liberalisierungen führen zur Ausweitung der Problematik. Drogenkonsumräume mitten in der Stadt werden geschaffen und locken Süchtige an. Der Schutz unserer Kinder ist massiv gefährdet. Dazu kommt, dass Grün sogenannte weiche Drogen auch noch legalisieren will.



Wien darf nicht zum Drogen-Magneten werden

Die Freigabe von sogenannten weichen Drogen schafft ein Aufmarschgebiet für Drogensüchtige und die damit einhergehende Kriminalität. Wir werden alles unternehmen, dass das nicht passiert. Illegalität ist der Nährboden für Kriminalität. Drogenkonsumräume etc. und Einrichtungen wie der Ganslwirt haben im Stadtzentrum nichts zu suchen. Unsere Kinder müssen sich sicher fühlen können. Wien darf nicht zum Magneten für Drogensüchtige werden.



Konsumräume sind „der einzige Weg, um sicherzustellen, dass drogenkranke Menschen sich nicht infizieren, nicht sterben und auch schneller den Weg in ein Entwöhnungs- und Wiedereingliederungsprogramm finden.“ – Grüne Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou

(derstandard.at, 25.10.2011)

„Daher fordern die Grünen eine Legalisierung von Cannabis.“

(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)



Täterschutz statt Opferschutz

Wenn es darum geht, die Rechte der Polizei im Kampf gegen das Verbrechen zu stärken, stimmen die Grünen im Nationalrat verlässlich für das Verbrechen und gegen die Polizei. Denn Rot-Grün setzt alles daran, es den Ermittlungsbehörden durch komplizierte bzw. nicht vorhandene Mittel unmöglich zu machen, Täter auszuforschen. Opfer müssten deshalb mit einer niedrigeren Aufklärungsquote rechnen. Die Umsetzung der überzogenen datenschutzrechtlichen Forderungen von Rot-Grün würden der Polizei wichtige Möglichkeiten nehmen, Kriminellen das Handwerk zu legen.



Opferschutz vor Täterschutz

Das Leben hat sich geändert, die Kriminalität hat sich geändert und daher wird es auch weiterhin notwendig sein, dass man der Polizei jene Werkzeuge in die Hand gibt, die sie auch braucht, um auf moderne Kriminalitätsformen bestmöglich reagieren zu können. Der Datenschutz ist wichtig, aber es darf nicht erst etwas passieren, dass die Polizei ermitteln darf! Nein, sobald Verdachtsmomente für eine schwere Straftat vorliegen, muss die Polizei auch ermitteln dürfen und bestimmte Informationen auch verarbeiten dürfen. Die Polizei ist die größte Menschenrechtsorganisation in Österreich. Tagtäglich leisten die Polizistinnen und Polizisten für die Bevölkerung in Österreich gute Arbeit.

Faktenlage: Die Grünen stimmen im Parlament regelmäßig gegen Maßnahmen, die zu mehr Sicherheit in Österreich beitragen wie z.B.: Polizeireform, Vorratsdatenspeicherung, Sicherheitspolizeigesetz, Polizeidaten-Abkommen mit den USA.



Grenzenlose Zuwanderung

Zuwanderung ist sinnvoll und notwendig. Doch wenn Rot-Grün das Sagen hat, ist es aus mit einem von Kriterien geleiteten, den Anforderungen unseres Arbeitsmarktes und unserer Wirtschaft entsprechenden Zuwanderungsmodell. Denn dann wird Österreich zur grenzenlosen Multi-Kulti-Zone und es stehen nicht mehr die Interessen der Österreicherinnen und Österreicher im Vordergrund, sondern die Interessen derer, die nach Österreich kommen wollen. Dem ungezügeltten Zuzug zum österreichischen Sozialsystem stehen dann alle Türen und Tore offen.



Kriteriengeleitete Zuwanderung

Die ÖVP steht für eine kriteriengeleitete, den Anforderungen der österreichischen Wirtschaft und den Bedürfnissen unseres Arbeitsmarktes entsprechenden Zuwanderungspolitik (siehe Rot-Weiß-Rot-Karte). Denn da die Menschen in Österreich immer älter werden und das unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen stellt, brauchen wir neben einer sinnvollen Familienpolitik auch eine geregelte Zuwanderung.

! *„Die Vision der Grünen ist, dass wir einmal in einer Welt ohne Grenzen leben.“ – Alev Korun*
(derstandard.at, 24.10.2010)

„Die Grünen vertreten eine Einwanderungspolitik, die die Interessen, Erwartungen und Hoffnungen potenzieller EinwanderInnen ... berücksichtigt.“
(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)

„Das soziale Netz sollte für alle BewohnerInnen Österreichs da sein und nicht wie derzeit zwischen In- und AusländerInnen unterscheiden.“
(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)

„Bleiberecht für Alle“
(stmk.junge-gruene.at, 13.09.2010)



Asylmissbrauch wird Tür und Tor geöffnet

Rot-Grün führt zu einer Explosion der Asylanträge, weil Österreich für Leute aus aller Welt noch attraktiver wird. So soll etwa die Asylindustrie massiv ausgebaut (NGOs) und klassischer Rot-Grün-Klientel mehr Geld gegeben werden. Ein funktionierendes, missbrauchsresistentes Asylsystem ist für Rot-Grün sekundär. So soll sowohl die Altersfeststellung als auch die Anwesenheitsverpflichtung abgeschafft werden. Ebenfalls abgeschafft werden sollen beschleunigte Verfahren. Außerdem will Rot-Grün, dass Asylwerber Sozialhilfeleistungen bekommen. Die Schubhaft und Anhaltung von Fremden wird generell abgeschafft.



Geordnetes Fremdenwesen und rasche Asylverfahren

Asyl ist ein Menschenrecht und daran wird auch nicht gerüttelt. Die ÖVP steht für rasche und faire Asylverfahren, denn wir wollen denen, die unseren Schutz und Beistand benötigen, so rasch wie möglich helfen und denen, die keinen Anspruch haben, so schnell wie möglich Gewissheit geben. Dabei gilt es, Asylmissbrauch zu bekämpfen und Schleppern und Menschenhändlern einen Riegel vorzuschieben.

Ein funktionierendes und geordnetes Fremdenwesen ist für die Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit in Österreich unabdingbar. Auch kann der Sozialstaat Österreich durch ungezügelter Zuzug – in Form von illegaler Einwanderung und Erteilung eines Bleiberechtes – künftig sonst nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Schubhaft ist für die Durchsetzung von zwangsweisen Außerlandesbringungen erforderlich und notwendig, wobei jeder Fall einzeln geprüft wird und die Menschenrechte umfassend mitberücksichtigt werden. Recht muss Recht bleiben.



„... Die Verhängung von Schubhaft bei laufendem Asylverfahren ist unzulässig.“

(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)

„Ein Arbeitsmarktzugang soll für AsylwerberInnen ... möglich sein.“

(gruene.at)



Staatsbürgerschaft zum Schleuderpreis

Geht's nach den Grünen, gibt's die österreichische Staatsbürgerschaft in Zukunft zum Schleuderpreis; entweder automatisch nach 7 Jahren, gleich bei der Geburt oder als Doppelstaatsbürgerschaft. Hinzu kommen einfachere Verleihungsmöglichkeiten und die Schaffung von Ausnahmen, wie z.B. bei den Einkommengrenzen, beim Nachweis des Staatsbürgerschaftstests oder beim Nachweis von Deutschkenntnissen.



Gelungene Integration

Die österreichische Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut! Sie darf nicht leichtfertig verschenkt werden – soll aber dennoch erreichbar sein. Wer langfristig in Österreich leben will und hier auch seinen individuellen Beitrag leistet, der soll das auch können. Wir wollen deshalb, dass die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft den Höhepunkt eines gelungenen Integrationsprozesses darstellt. Mit ihrem Erhalt sind sowohl Rechte als auch Pflichten verbunden. Denn die Staatsbürgerschaft großzügig an Menschen zu vergeben, die nicht richtig in Österreich angekommen sind, bringt weder den Zuwanderern etwas noch der Mehrheitsbevölkerung.

Österreich hat sich dem Europarats-Übereinkommen zur Verhinderung von Doppelstaatsbürgerschaften verpflichtet – und wird dies auch weiter tun.



Grüne wollen Staatsbürgerschaftstest abschaffen.
(diepresse.com, 26.04.2012)

„Wir fordern, dass Ausländerkinder, die in Österreich geboren werden und deren Eltern sich legal im Land aufhalten, gleich mit der Geburt die österreichische Staatsbürgerschaft bekommen.“ – Maria Vassilakou

(gruene.at, 02.08.2010)

„Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ist zu erleichtern.“

(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)



Ausländerwahlrecht

Österreich gewährt – wie alle EU-Staaten – allen Unionsbürgern das integrale Wahlrecht in kommunalen Angelegenheiten. Rot-Grün will aber, dass alle, ob Ausländer oder Inländer, bei uns wählen dürfen.



Politische Rechte als Belohnung für eine gelungene Integration

Eine grundsätzliche Verbindung mit den Grundwerten der EU und des Staates Österreich ist zwingende Voraussetzung politischer Partizipation. In der Stadt Wien ist dieses Recht auf die Gemeindebezirke beschränkt, da auf Ebene der Bundesländer auch für Unionsbürger keinerlei politische Rechte vorgesehen sind. Im Jahr 2003 beschloss das Bundesland Wien, dass das Wahlrecht in den Gemeindebezirken auch auf Nicht-EU-Ausländer ausgedehnt werden soll, welche seit wenigstens fünf Jahren ihren Hauptwohnsitz in Wien haben. Der Verfassungsgerichtshof erklärte dies allerdings für verfassungswidrig und somit nichtig. Dass Ausländer der Staatsgewalt zwar im gleichen Maße unterworfen sind wie die Staatsbürger ist „Rosinenpickerei“, da mit der Staatsbürgerschaft nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten und insbesondere die Wehrpflicht verbunden sind.

Dem Argument, dass die zweite und dritte Generation oft keine starken Verbindungen mit ihrem Heimatstaat mehr hätten, wird entgegengesetzt, dass die Ausländer aus teilweise grundverschiedenen Kulturkreisen kommen. Die Verleihung der Staatsbürgerschaft mit dem Recht zu wählen stellt den Schlusspunkt von gelungener Integration dar.



„So gehört etwa das Wahlrecht für AusländerInnen ... zu einem selbstbestimmten Leben ...“

(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)



Aus für den Zivildienst

SPÖ-Grüne setzen sich für die Abschaffung der Wehrpflicht ein. Damit verbunden ist auch der Wegfall des bisher in Österreich so gut etablierten Zivildienstsystems. Die Mehrkosten eines ersatzmäßig bezahlten Freiwilligendienstes und die gesellschaftlichen Negativfolgen haben alle Österreicherinnen und Österreicher zu tragen.



Ja zur Wehrpflicht – Ja zum Zivildienst

Durch die Wehrpflicht ist auch das hervorragende Zivildienstsystem in Österreich garantiert. Die jährlich etwa 14.000 Zivildienstler sind Unterstützung und Hilfe in vielen sozialen Bereichen, vor allem im Krankenwesen, der Pflege, in Behinderteneinrichtungen und bei sozialen Randgruppen. Die Zivildienstler bringen einen Nutzen für die Gesellschaft in Österreich und tragen zum Erhalt des Allgemeinwohls bei. Während des Zivildienstes erhalten die Zivildienstler Einblicke in Lebenssituationen, die sie vorher nicht gekannt haben. Durch die Arbeit mit gebrechlichen, kranken oder behinderten Personen werden den jungen Menschen auch andere Werte – außerhalb von Facebook, Handy, Kino und Disco – vermittelt. Diese Werte prägen die Zivildienstler ein Leben lang und fördern das Verständnis für andere und ein gedeihliches Zusammenleben in Österreich. Diese Werte sind uns wichtig und diese Werte wollen wir erhalten. Es ist gut, wenn junge Menschen einen Dienst für die Allgemeinheit verrichten.



„Es ist höchste Zeit, dass das Versprechen für eine Volksbefragung über die Abschaffung des Bundesheeres endlich eingelöst wird.“ – Peter Pilz

(OTS, 27.08.2011)



Alle Rechte, keine Pflichten

Rot-Grün träumt, wenn es um Integration geht. Sie kann freiwillig/zufällig passieren, kann aber nicht forciert werden. Von Zuwanderern darf nichts eingefordert werden – weder das Erlernen der deutschen Sprache noch die Akzeptanz der Rechts- und Werteordnung. Wer diese Rahmenbedingungen nicht schafft und denkt, Integration funktioniert von allein, riskiert das Verfestigen von Parallelgesellschaften, ein Ausgrenzen von Migrantinnen und Migranten von der österreichischen Gesellschaft und ein Verhindern des sozialen Aufstiegs.



Erfolgreiche Integration braucht Rahmenbedingungen

Die ÖVP will, dass niemand seine Wurzeln leugnen muss. Entscheidend soll die Leistung und nicht Herkunft, Religion oder Hautfarbe sein. Integration braucht aber Engagement der Zuwanderer und der Mehrheitsbevölkerung. Jede und jeder, die oder der in Österreich leben will, hat Rechte, aber gleichermaßen auch Pflichten. Wir fordern ein, dass die deutsche Sprache beherrscht und die österreichische Rechts- und Werteordnung anerkannt werden muss. Diese Schritte sind der Grundstein, dass Integration gelingen kann, da es die Voraussetzung für die Teilnahme am Bildungssystem, Teilnahme am Arbeitsmarkt und Teilhabe an der Gemeinschaft ist. Die Teilnahme bedeutet auch, dass Österreich ermöglichen will, dass jeder und jede sich aktiv in der österreichischen Gesellschaft einbringen kann und nicht am Rand in Gesellschaften ausgegrenzt wird. Gleichzeitig soll so sozialer Aufstieg mitten in der Gesellschaft ermöglicht werden.

! Die Grünen kritisieren, dass die Regierung bessere Deutschkenntnisse von Einwanderern – vor und nach der Einreise – verlangen will. Sprache werde als „Ausgrenzungsinstrument“ benutzt, sagt Integrationsprecherin Alev Korun.

(Neue Vorarlberger Tageszeitung, 15.01.2011)



Parallelgesellschaften

Die SPÖ spricht immer von Chancengleichheit, will aber nichts einfordern. Ohne Einsatz werden aber keine Chancen entstehen. Rot-Grün will, dass jeder und jede nur die Sprache anwenden kann, die er will, jeder und jede ohne Rücksicht seine Kultur leben kann. Das funktioniert aber nicht im Klassenzimmer, wo man für die Klassengemeinschaft und den Lernerfolg eine gemeinsame Basis schaffen muss, um Lernerfolg ermöglichen zu können. Rot-Grün will muttersprachlichen Unterricht und so die Schülerinnen und Schüler in unterschiedlichen sprachlichen und kulturellen Parallelgesellschaften verankern. Gleichzeitig wird nicht beachtet, dass der Staat nicht jede mögliche Sprache an jedem Schulstandort anbieten kann.



Deutsch ist gemeinsame Basis

Die ÖVP sieht die Chancen von Integration. Dafür ist es wichtig, Chancen in Österreich zu eröffnen, nämlich durch die gemeinsame Basis und Grundvoraussetzung, Deutsch zu beherrschen. Deutsch muss auch Standard im Klassenzimmer sein, da sonst ein gemeinsamer Unterricht nicht möglich ist. Wir wollen, dass jeder und jede in Österreich Deutsch kann und dieselben Startvoraussetzungen mitbringt. Das ermöglicht eben nicht nur Chancen am Arbeitsmarkt, sondern auch Chancen zu Teilhabe an der Gesellschaft und Gemeinschaft. Ergänzender fremdsprachiger Unterricht (auch in der Muttersprache) ist dann der zweite Schritt. Wer mehrsprachig aufwächst, soll das natürlich als klaren Bonus am Arbeitsmarkt einsetzen können. Deutsch ist jedoch das Fundament einer erfolgreichen Integrations- und Bildungspolitik für Österreich.



Der Staat „muss ... zweisprachige Alphabetisierung und mehrsprachigen Unterricht gewährleisten.“

(Grüne Leitlinien zur Integrationspolitik 2003)

Rot-Grün heißt Migrantinnen und Migranten sind Opfer

Rot-Grün will, dass das Integrationsstaatssekretariat politisch anders angesiedelt wird. Ein Vorschlag ist zum Beispiel das Sozialministerium. Genau das zeigt, dass die SPÖ Migrantinnen und Migranten nicht als Leistungsträger sieht, sondern als benachteiligte Gruppe, die nicht eigenverantwortlich handeln kann, sondern subventioniert werden muss. Ein weiterer Vorschlag ist, Integration im Bundeskanzleramt unterzubringen, was dem Thema weniger Präsenz geben würde und der derzeitige Anknüpfungspunkt zum BM.I, welches für das im Integrationsbereich maßgebliche Vereinswesen verantwortlich ist, fehlt. Rot-Grün positioniert Migranten bewusst als unterlegene, bedürftige Personen mit einem exklusiven Förderungsanspruch. Das Potenzial, Selbstbewusstsein und die Eigenverantwortung wird Migrantinnen und Migranten somit abgesprochen bzw. die notwendige Balance von fordern und fördern übersehen.

Migranten sollen in Österreich ankommen

Wir wollen, dass Migrantinnen und Migranten in Österreich ankommen. Sie sollen sich als Österreicherinnen und Österreicher fühlen und nach der Zuwanderung nicht wieder als eigene, ausgegrenzte Gruppe behandelt werden. Deshalb ist es zielführend, wenn die Agenden koordiniert werden. Dazu bedarf es der Einbettung in ein mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattetes Ministerium – dem Innenministerium. Dieses ist u.a. auch für die Themen Vereinswesen, Wahlrecht, Zuwanderung und Staatsbürgerschaft verantwortlich. Somit wird die politische Marginalisierung durch Schaffung eines eigenen Integrationsministeriums verhindert, womit Österreich auch im klaren europäischen Trend liegt.

 *Ich wünsche mir ein eigenes Ressort für Integration, das alle nötigen Agenden von Bildungs-, Sozial-, Innenministerium und auch vom Bundeskanzleramt erhält und das eigenständig ist. Und dieses Ressort würde ich gerne mit einem SPÖ-Minister besetzen.“ – Werner Faymann*

(Österreich, 24.04.2011)

Rot-Grün heißt Religion weg aus dem öffentlichen Raum

Für die SPÖ und Grüne sind Werte und Religion ein Tabuthema. Vor allem das Kreuz in der Klasse ist für Rot-Grün nicht vertretbar. Glaube soll keine Rolle mehr spielen, alle sollen gleichgemacht werden und die eigenen Werte, wenn überhaupt, nur im privaten Bereich gelebt werden dürfen. Rot-Grün will ganz weg vom Religionsunterricht und stattdessen ausschließlich den Ethikunterricht.

Werte und Glaube gehören zu unserer Kultur und Gesellschaft

Für die ÖVP sind christlich-soziale Werte das Fundament und Religion ein wichtiger Bestandteil des gemeinschaftlichen Lebens. Dazu gehören auch das Kreuz in der Klasse und der katholische Religionsunterricht, nur ergänzend dazu soll mit einem Ethikunterricht eine gemeinsame Wertebasis geschaffen werden. Das bedeutet, dass man allen Religionen Platz in unserer Gesellschaft gibt und so den Menschen das Recht auf Religionsfreiheit zugesteht. Das Verdrängen der Religion aus dem öffentlichen Schulbereich wäre ein Rückschritt im Sinne einer offenen, transparenten und gelebten Religionsfreiheit in Österreich und steht im Widerspruch zum Dialog, den die ÖVP mit allen anerkannten Religionsgemeinschaften stets führt.

 *„Das Kreuz ist natürlich auch ... ein Symbol der Unterdrückung.“ – Grüne Verfassungssprecherin*

 *Daniela Musiol*

(derstandard.at, 24.03.2011)

Claudia Schmied ... könne sich vorstellen, mit Ethik den Religionsunterricht zu ersetzen ...

(Der Standard, 05.05.2011)

Daniela Musiol tritt für die Kündigung des Konkordats ein, denn durch das Konkordat und seine Umsetzung sei die klare Trennung von Kirche und Staat nicht gegeben, betonte die Grüne und verwies auf die Kreuze in den Schulen ...

(Neues Volksblatt, 10.10.2011)



Zwangskindergarten ab zwei

Rot-Grün bedeutet Gleichmacherei. Ginge es nach Rot-Grün, würden alle Kinder wohl schon möglichst bald nach der Geburt in staatliche Obhut gesteckt:

Alle Kinder sollen ab 3 Jahren in den Kindergarten gehen müssen. Dabei wird nicht auf die Bedürfnisse junger Familien und deren Kinder eingegangen – sei es, dass die Familie aufgrund von Berufstätigkeit schon früher einen Betreuungsplatz benötigt, oder sei es, dass ein Kind aufgrund von sprachlichen Defiziten länger im Kindergarten sein sollte – es gibt keine Chance für individuelle Lösungen, die die Eigenverantwortung der Eltern unterstützen und auf Talente und Bedürfnisse der Kinder abgestimmt werden können. Und die Grünen wollen die Kindergartenpflicht überhaupt schon ab dem zweiten Geburtstag.



Kein Kindergartenzwang für Kleinstkinder

Die ÖVP will Wahlfreiheit bieten. Jede Familie soll – solange es für das Kind keine Nachteile bedeutet – selbst entscheiden, wie lange das Kind zuhause ist und wie lange im Kindergarten. Eingegriffen wird nur dort, wo Kinder Defizite aufweisen, die später Probleme sowie Benachteiligung bedeuten können. Zum Beispiel beim zweiten Kindergartenjahr, gratis für alle, verpflichtend für die, die gar nicht oder nur schlecht Deutsch sprechen. Es gilt, Potenziale zu nützen, ohne dabei die Eigenverantwortung und Freiheit des Einzelnen zu beschneiden.



„Wir sind die Einzigen, die echte Lösungen anbieten. Zum Beispiel die Pflicht, Kinder ab dem dritten Lebensjahr für zehn bis zwölf Stunden in der Woche in den Kindergarten zu schicken.“ – Eva Glawischnig (diepresse.com, 12.10.2010)

„Kindergarten mit Mittagstisch in ganz Oberösterreich, verpflichtend ab dem vollendeten 3. Lebensjahr“ – SPÖ-Oberösterreich (Unsere Bildung. Sozialdemokratische Ideen zur Bildungspolitik)



Schulpflicht ist Nebensache

Für Rot-Grün haben die Schulpflicht und eine gute, sichere Ausbildung keinen hohen Stellenwert. Schulpflichtverletzungen wurden jahrelang weder erhoben, noch Motive erforscht, noch wurde ihnen nachgegangen, ein Verfahren geführt oder Sanktionen eingeleitet. Erst nachdem von der ÖVP auf diesen Zukunftsraub aufmerksam gemacht wurde, gab es Bewegung. Die rot-grüne Angst, bei einem Verstoß gegen das Schulpflichtgesetz einzugreifen und angemessene Strafen einzuführen, wie es bei anderen Gesetzesverstößen der Normalfall ist, sitzt noch immer tief. Sie wollen damit Sozialschwache vor Geldstrafen schützen, machen deren Situation aber damit nicht besser. Sollte Rot-Grün das Sagen haben, ist damit zu rechnen, dass die erzielten Fortschritte wieder rückgängig gemacht werden.



Gute Ausbildung für junge Menschen

Wer es möglich macht, dass Schulpflichtverletzungen geduldet werden, der hat nicht verstanden, dass Bildung ein hohes Gut ist, für das man etwas tun muss. Schulpflichtverletzungen führen häufig zum Schulabbruch – bereits in 10.000 Fällen pro Jahr. Diese Situation verhindert, dass junge Menschen ihr Potenzial in die Gesellschaft einbringen können und ihren Beitrag leisten. Die ÖVP will, dass junge Menschen gut ausgebildet sind und eigenverantwortlich ihren Weg machen können – ohne Arbeitslosengeld und Mindestsicherung.



Unterrichtsministerin Schmied ist für verstärkte Maßnahmen, aber gegen „existenzgefährdende Strafen“ – Claudia Schmied

(nachrichten.at, 21.02.2012)

Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) hält [von höheren Strafen] wenig und setzt auf bestehende Maßnahmen.

(oe1.orf.at, 20.02.2012)

Der grüne Bildungssprecher Harald Walser wertet das Straf-Modell beim Schulschwänzen als „reines Ablenkungsmanöver“ ...

(derstandard.at, 18.06.2012)



Abschaffung der Ehe

Geht es nach Rot-Grün, ist die Ehe, wie wir sie heute kennen, als Zeichen der innigsten Verbindung zwischen Mann und Frau und der Begründung einer Familie, bald Geschichte. Der Angriff von Rot-Grün auf das Institut der Ehe ist zunächst in der Idee der Einführung einer eingetragenen Partnerschaft für Heterosexuelle – also eine „Ehe light“ – verpackt. Rot-Grün will eine schnell auflösbare Ehe auf Zeit statt dem Ideal einer ehelichen Beziehung. Die eheliche Treuepflicht und der gemeinsame Wohnsitz sollen abgeschafft werden, außerdem soll Unterhalt verschuldensunabhängig gezahlt werden. Ganz nach dem Motto: Alle Rechte, keine Pflichten! Zudem würde Rot-Grün sofort die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften öffnen und damit die besondere Stellung einer auf Kinder und Familie ausgerichteten Partnerschaft zwischen Mann und Frau untergraben.



ÖVP für die Besonderheit der Ehe zwischen Mann und Frau

Unser Land braucht mehr Kinder und das heißt, wir müssen dem Wert der Familie und der Ehe zwischen Mann und Frau wieder mehr Bedeutung beimessen. Die Ehe in ihrer jetzigen Form ist ein altbewährtes Institut, das Rechtssicherheit schafft. Jeder kann sich für oder gegen die Eheschließung entscheiden. Die auf eine lebenslange Partnerschaft und Familie ausgerichtete Ehe zwischen Mann und Frau ist für uns ein Idealbild, das eine besondere Stellung im Rechtssystem verdient. Für gleichgeschlechtliche Partnerschaften wurde eine eigene Rechtsform geschaffen, die keiner Ergänzung bedarf.



„Ich befürworte die Homo-Ehe ganz klar.“ – Johannes Rauch, Parteichef der Vorarlberger Grünen (vol.at, 17.05.2012)

Als Regenbogenherz Österreichs fordert Wien ... die Öffnung einer reformierten Ehe und das Ermöglichen der Adoption für Eingetragene PartnerInnen.“ – Sandra Frauenberger, Wiener SPÖ-Gemeinderätin (OTS, 24.04.2012)



Abschaffung von Lebenslänglich

Die Grünen wollen die Abschaffung der lebenslangen Haft in der derzeitigen Form. Die Strafdrohung „Lebenslang“ soll im Strafgesetzbuch grundsätzlich durch 20 Jahre Haft ersetzt werden. Auch der Justizsprecher der SPÖ, Hannes Jarolim, spricht sich für diesen Vorschlag aus, weil ein qualitativ hochwertiger Strafvollzug die lebenslange Haft überflüssig machen würde. Die Frage dabei bleibt: Was passiert mit Inhaftierten, die eine Gefährdung für die Allgemeinheit darstellen?



Verantwortungsvoller Umgang mit dem Strafvollzug

Der Schutz der Gesellschaft vor verurteilten Straftätern muss im Mittelpunkt stehen! Die lebenslange Haftstrafe erfüllt eine wichtige Sicherungsfunktion zum Schutz der Gesellschaft. Ein Ausschluss der lebenslangen Freiheitsstrafe ist unverantwortlich und wird auch von Vertretern der Richterschaft, der Anwälte und führenden Strafrechtsprofessoren zu Recht abgelehnt. Für dafür geeignete Einzelfälle stehen bereits derzeit ohnehin die bedingte Entlassung sowie die Möglichkeit der Begnadigung zur Verfügung.



„Lebenslänglich ist ein Ausdruck der Resignation gegenüber dem Prinzip der Resozialisierung.“ – Hannes Jarolim, SPÖ-Justizsprecher (Salzburger Nachrichten, 03.08.2006)

„Auch Mörder müssen die Chance auf Resozialisierung erhalten.“ – Terezija Stoisits von den Grünen möchte die lebenslange Haft abschaffen. (wienerzeitung.at, 03.08.2006)

Rot-Grün heißt

Abtreibung auf Krankenschein

Die Abtreibung auf eine Stufe mit einer Grippebehandlung stellen – das will Rot-Grün. Obwohl der Schwangerschaftsabbruch in Österreich ohnehin straffrei gestellt ist, sollen auch noch „finanzielle Hürden“ in diesem Bereich abgeschafft werden. Dies führt de facto zu einem Propagieren der Abtreibung. Noch sind die von Kreisky bei der Einführung der Fristenlösung versprochenen „flankierenden Maßnahmen“ zum Schwangerschaftsabbruch nicht einmal umgesetzt, will Rot-Grün jetzt noch einen Schritt weitergehen und den Schwangerschaftsabbruch zur Normalität machen!



ÖVP gegen leichtfertigen Umgang mit dem Leben

Auch ungeborenes Leben ist Leben! Und die ÖVP ist gegen einen leichtfertigen Umgang mit dem menschlichen Leben! Abtreibungen „auf Krankenschein“, also über das Budget der Krankenkassen, zu finanzieren, ist äußerst fragwürdig und bedenklich und daher abzulehnen. Nicht nur, dass eine Abtreibung, bloß weil sie straffrei vorgenommen werden kann, nicht von der Allgemeinheit finanziert werden darf. Es ist auf keinen Fall Auftrag des Gesundheitssystems, gegen menschliches Leben vorzugehen. Keine Frau lässt leichtfertig einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen, fast immer steht eine Notsituation dahinter. Statt Mittel aus dem Gesundheitssystem für Abtreibung zu verwenden, sollten Frauen, die aus finanziellen Gründen abtreiben, unterstützt und ihnen so die Mutterschaft ermöglicht werden.

Zudem sind rasch „flankierende Maßnahmen“ – wie eine österreichweite statistische Auswertung und verpflichtende Beratungsgespräche vor dem Eingriff – einzuführen.



„Die Krankenkassen sollen die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche übernehmen.“ – Eva Glawischnig (orf.at, 12.04.2007)

„Schwangerschaftsabbrüche sollen in allen Regionen angeboten werden.“ – Alois Stöger

(News, 4.08.2011)

Rot-Grün heißt

Legalisierung von Haschisch

Die Grünen treten für eine Legalisierung der sogenannten „weichen Drogen“ ein. Nicht zuletzt wird das vordergründige Argument verwendet, der Staat bekäme dadurch zusätzliche Einnahmen durch Steuern. Doch die Gesundheit unserer Jugend muss uns wichtiger sein als ein paar wenige Steuereinnahmen.



Keine Macht den Drogen

Keine Freigabe von weichen Drogen, die durchaus als Einstiegsdrogen dienen. Auch die UNO warnt vor der Liberalisierung von Haschisch. Dauerkonsum kann erwiesenermaßen Spätschäden nach sich ziehen. Die Jugend sollte vor ihrer Experimentierfreudigkeit geschützt und nicht verantwortungslos darin unterstützt werden. Selbst die Jugendlichen sind dagegen, dass „Kiffen“ legal wird. Laut einer Umfrage trifft das in Österreich auf 73% der österreichischen Jugendlichen zu. Die ÖVP nimmt ihre Verantwortung für die Gesellschaft, insbesondere die jungen Menschen dieses Landes wahr. Der Staat soll sich nicht durch gesundheitsgefährdende Maßnahmen zusätzliche Einnahmen erwirtschaften. Die Freigabe in Holland hat keinesfalls zum Rückgang der Drogenkriminalität bzw. des Drogenhandels geführt. Vielmehr gehört die Jugend vor der Einnahme von gefährlichen Substanzen geschützt – die ÖVP hat daher bereits Anfang des Jahres das neue Psychoaktive Substanzengesetz beschlossen. Damit reagieren wir auf aktuelle Trends und schützen die Jugend, ohne sie zu kriminalisieren.



„Daher fordern die Grünen eine Legalisierung von Cannabis ...“

(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)

„Wir als Sozialistische Jugend treten für eine Veränderung im Bereich der Drogenpolitik ein. Die Legalisierung von Cannabis steht dabei im Mittelpunkt ...“

(Kampagne der Sozialistischen Jugend Österreich, 2001/2002)



Unkontrollierte Sterbehilfe

Schon einmal haben die Grünen verlautbart, dass man sich „... auch eine aktive Sterbehilfe vorstellen ...“ könne und das holländische Modell geprüft werden soll. Der aktiven Sterbehilfe und damit höchst fragwürdigen Geschäften mit dem Sterben, die nicht zuletzt auch für die als Helfer in Anspruch Genommenen eine Zumutung darstellt, ist damit Tür und Tor geöffnet. Unter Rot-Grün wird der Wert des Lebens zur Disposition gestellt.



Die ÖVP sagt klar NEIN zur Euthanasie

Wir lehnen jede Form der Sterbehilfe konsequent ab! Stattdessen soll das Hospizwesen gezielt gefördert werden, mehr Mittel in die Palliativmedizin investiert sowie die Patientenrechte gestärkt werden. Menschen sollen an der Hand eines Menschen sterben – aber nicht durch die Hand eines Menschen! Sollte aktive Sterbehilfe möglich sein, könnten letztlich auch Aspekte der Ökonomie eine Rolle spielen. Und schließlich würde aktive Sterbehilfe auch das Aus für alle Bemühungen um Hospizbetreuung und Schmerztherapien bedeuten.

! *Alexander Van der Bellen kann sich „unter bestimmten Voraussetzungen auch eine aktive Sterbehilfe vorstellen“.*

(News.at, 01.08.2001)

Hilfe bei Selbsttötung oder Tötung auf Verlangen ist dann nicht rechtwidrig, wenn ein „menschenwürdiges Leben nicht mehr erwartet werden kann“ – SPÖ-Klubobmann a.D. Josef Wille

(Manifest für menschwürdiges Sterben, 11.02.1998)



Kinder für gleichgeschlechtliche Partnerschaften

Rot-Grün will die Adoption für Homosexuelle öffnen – so wie es in der Stadt Wien schon gemacht wird – und die Fortpflanzungsmedizin unkontrolliert öffnen. Während die Familienpartei ÖVP das Wohl des Kindes – das Vater und Mutter braucht – in den Mittelpunkt der Überlegungen rückt, möchte Rot-Grün nur ihre Ideologie durchsetzen. Bei der Fortpflanzungsmedizin riskiert Rot-Grün, junge Frauen ungeahnten medizinischen Komplikationen auszusetzen.

Die Fortpflanzungsmedizin für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen, bedeutet künstliche Befruchtung für Frauenpaare zuzulassen, doch was ist mit Männerpaaren? Die müssten auf eine Leihmutter zurückgreifen. Will Rot-Grün die Leihmutterschaft in Österreich? Das hieße, eine Grenze überschreiten und die Möglichkeit der geteilten Mutterschaft einführen, inklusive potenzieller Ausbeutung der Frau (die für Geld das Baby eines reichen Paares austrägt). Das wollte schon Johanna Dohnal durch das Fortpflanzungsmedizin-gesetz 1992 verhindern! Denn ein Aufmachen in diesem Bereich bringt eine Vielzahl unlösbarer ethischer Fragen mit sich.



ÖVP ist die einzige Familienpartei

Jedes Kind hat Anspruch auf Vater und Mutter. Das Kindeswohl ist der Familienpartei ÖVP ein besonderes Anliegen und eben diesem Kindeswohl entspricht es am ehesten, wenn ein Kind von verschiedenge-schlechtlichen Bezugspersonen aufgezogen wird.

! *„Wir brauchen ganz einfach mehr Regenbogenfamilien in diesem Land.“ – Gabriele Heinisch-Hosek*
(derStandard.at, 16.06.2012)

„Wir fordern den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin für Alleinstehende homo- und heterosexuelle Frauen sowie für lesbische Frauen in Lebensgemeinschaft oder eingetragener Partnerinnenschaft ...“ – Daniela Musiol von den Grünen

(OTS, 20.06.2011)



Aushungern des ländlichen Raums

Unter Rot-Grün können unsere landwirtschaftlichen Betriebe sehen, wo sie bleiben. Denn dann werden die für viele existenznotwendigen agrarischen Förderungen massiv zurückgeschraubt. Jene, die ihre Zeit und Arbeitskraft nebenberuflich in die Landwirtschaft investieren, müssen nach den Vorstellungen von Rot-Grün gar ohne finanzielle Unterstützung auskommen. Was droht, ist das flächendeckende Schließen von Höfen in ganz Österreich. Die Folgen des rot-grünen Feldzuges gegen die Landwirtschaft treffen letztendlich alle: Denn die Bäuerinnen und Bauern sind gezwungen, ihre Produkte zu deutlich höheren Preisen zu verkaufen. Das bedeutet: Unsere Lebensmittel werden spürbar teurer.



Vitaler ländlicher Raum und hochwertige Lebensmittel

Die ÖVP stellt sich schützend vor unsere heimischen Bäuerinnen und Bauern und ihre Leistung. Sie garantieren durch ihre tägliche Arbeit unsere Lebensmittelversorgung mit qualitativ hochwertigen Produkten und sind unverzichtbarer Bestandteil eines funktionierenden und vitalen ländlichen Raums. Wir wollen die Vielfalt unserer landwirtschaftlichen Betriebe erhalten und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken. Deshalb treten wir auch auf europäischer Ebene für die Sicherung der EU-Agrarleistungszahlungen ein. Denn klar ist: Die ÖVP war, ist und bleibt der verlässliche Partner unserer heimischen Landwirtschaft!



Bauern ein Drittel ihrer Subventionen kürzen – Günther Kräuter

(oe24.at, 02.01.2012)

„Von Seiten der SPÖ-Regierungsfraktion werden Einsparungen im Bereich der Landwirtschaftsförderungen jedenfalls intensiv forciert.“ – Andreas Schieder

(meinparlament.at, 31.01.2012)

„Dass wir massiv die Förderungen für die Landwirtschaft kürzen, das schlage ich vor.“ – Josef Ackerl

(nachrichten.at, 07.01.2012)



Steuerknüppel für unsere Bäuerinnen und Bauern

Rot-Grün bringt massive steuerliche Mehrbelastungen für die Land- und Forstwirtschaft, etwa durch die Abschaffung der Einkommensteuer-Pauschalierung oder die Vermögenssteuer (Euro 1.500 Mio./Jahr). Auch die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer (Euro 500 Mio./Jahr), die Verdoppelung der Grundsteuer (Euro 400 Mio./Jahr), eine KFZ-Steuer für Traktoren (Euro 110 Mio./Jahr) und eine Düngemittelabgabe (Euro 60 Mio./Jahr) sind geplant. Rot-Grün will die Auflagen in der Landwirtschaft ständig erhöhen (Verbot von Pflanzenschutzmitteln, Verschärfung der Tierschutzstandards etc.) und schwächt damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft. Das bedeutet auch höhere Lebensmittelpreise. Damit ist klar: SPÖ und Grüne wollen keine flächendeckende Landwirtschaft in Österreich.



Beste Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft

Wir stehen für die flächendeckende, multifunktionale und nachhaltige Landwirtschaft in Österreich. In keinem EU-Land hat sich der ländliche Raum so positiv entwickelt wie in Österreich und nirgendwo gibt es einen so hohen Anteil an Biobauern. Das ist nur mit einem stabilen EU-Agrarbudget und verlässlichen nationalen Rahmenbedingungen möglich. Wir sind gegen Neiddebatten und gegen den Versuch, Bauern auseinanderzudividieren. Die ÖVP kämpft seit Jahrzehnten für eine Land- und Forstwirtschaft, die regionale und qualitativ hochwertige Produkte für die Bevölkerung sowie erneuerbare Energieträger bereitstellen kann. Österreich gilt in Europa als hochgeschätzter Feinkostladen und jährlich steigen die agrarischen Exporte.



24 Steuerideen der SPÖ

(nachrichten.at, 20.12.2011)

Arbeiterkammer und ÖGB wollen bis zu 5,4 Mrd. Euro auf der Steuerseite in den nächsten Jahren aufbringen. Vermögende, Bauern, Wirtschaft, Industrie sollen belangt werden.

(oe1.orf.at, 21.01.2012)



Diktat der Kronen Zeitung und rot-grüner ORF

Unter Rot-Grün bestimmen die Medien den Kurs der Politik. Egal ob die Haltung Österreichs gegenüber der Europäischen Union oder die Frage unserer Sicherheit – mit Rot-Grün wird die Regierung zur Marionette, die nach der Pfeife der Zeitungsmacher tanzt. Als Dank für die Flut von Inseraten gibt es wohlwollende Berichterstattung. Auch im ORF wird der direkte Draht in die Parteizentralen von Rot und Grün gelegt. Postenschacher à la Niko Pelinka sind erst der Anfang und kommen schnell auf die Tagesordnung – ganz nach dem Motto: „ORF und Kronen Zeitung, mehr brauch ich nicht zum Regieren.“



Medienvielfalt in Österreich

Für uns ist klar: Politik muss auf der Grundlage von Werten und auf der Basis von sachlichen Überlegungen erfolgen. Im Mittelpunkt unserer Entscheidungen stehen die Bürgerinnen und Bürger und nicht mediale Zurufe oder eine wohlwollende Berichterstattung. Wir fördern die Medienvielfalt in Österreich und unterstützen besonders die regionale Vielfalt im Print- und Rundfunkbereich. Die ÖVP steht für das Rundfunksystem, fordert dabei einen sparsamen Umgang mit den ORF-Gebühren und setzt sich für mehr öffentlich-rechtliche Inhalte und mehr Qualität im ORF ein.

! „Ich habe auch in anderen Medien Freunde. Ich weiß nur nicht, ob die wollen, dass man sie nennt.
■ Ich habe in meiner Wiener Zeit viele aus dem ORF kennengelernt, die heute in führenden Funktionen sind.“ – Werner Faymann

(Der Standard, 16.08.2008)

„Ich tue mir oft leichter mit den Journalisten als mit den Politikern.“ – Werner Faymann

(Falter, 08.02.2002)



Alles teurer für die Menschen

Seit Rot-Grün in Wien regiert, müssen die Bürgerinnen und Bürger ihr Börsel kräftig aufmachen, denn sie werden von einer regelrechten Gebührenlawine überrollt. Ein Kubikmeter Wasser kostet heute schon 1,73 Euro statt 1,30 Euro. Der Tarif für Fernwärme ist um 8,2% gestiegen, jener für Gas sogar um 9,6%. Tiefer in die Tasche greifen müssen die Wienerinnen und Wiener auch bei der Kanal- und Abwassergebühr, bei den Kurzparktarifen, der Hundeabgabe, der ORF-Landesabgabe oder den Wiener Linien. Allein für die Wiener Wirtschaft verursacht das rot-grüne Belastungspaket im Jahr 2012 Mehrkosten von satten 100 Millionen Euro. Dies zeigt deutlich: Belastung statt Entlastung ist das Credo des rot-grünen Politik-Programms.



Schutz des Mittelstandes vor neuen Belastungen

Für die ÖVP hat die Entlastung des Mittelstandes oberste Priorität. Deshalb erteilen wir der rot-grünen Abzocke eine klare Absage. Vielmehr braucht es konstruktive und richtige Maßnahmen, um den Mittelstand vor neuen Belastungen zu schützen. Unsere Antwort lautet daher: Sparen und Reformen in der Verwaltung statt ungerechtfertigte Gebührenerhöhungen zulasten der Bürgerinnen und Bürger.

! Das Leben in der Stadt wird ab 2012 teurer ... Das bestätigte am Mittwoch ein Sprecher von Stadträtin
■ Renate Brauner (SPÖ). Gebühren für Parken, Abfall, Wasser und Kanal werden steigen.

(orf.at, 17.08.2011)



Ineffizientes Parkpickerl gegen die Bevölkerung

Nicht nur bei den öffentlichen Gebühren, sondern auch bei der Parkraumbewirtschaftung ist der Kurs der rot-grünen Wiener Stadtregierung offensichtlich: Die Menschen werden immer mehr zur Kasse gebeten und das, ohne auch nur gefragt zu werden. Dabei löst das rot-grüne Parkpickerl kein einziges Verkehrsproblem in den Außenbezirken und bringt keinen einzigen zusätzlichen Parkplatz. Fakt ist: Es ist lediglich ein Mittel zum Zweck, um die von SPÖ und Grünen geleerten Stadtkassen wieder aufzufüllen.



Lösungsorientierte Politik mit den Menschen

An Mitsprache durch das Volk führt in einer modernen Demokratie kein Weg vorbei. Deshalb sind wir auch gegen die Drüberfahrer-Mentalität, wie sie von Rot-Grün in Wien betrieben wird. Denn eines ist für uns klar: Die Bevölkerung hat ein Recht auf Mitgestaltung in Fragen, die sie direkt betreffen. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger Wiens über die Einführung des Parkpickerls befragt werden.



„Alle Wege führen zum Parkpickerl.“ – Maria Vassilakou

(oe24.at, 03.11.2011)

„Ich bin grundsätzlich für die Ausweitung der Parkpickerlzonen.“ – Michael Häupl

(oe24.at, 06.06.2012)

„Wir sagen einmal mehr, nicht jede Frage in einer Republik ist geeignet für direkte Demokratie.“ – Maria Vassilakou

(wien.orf.at, 26.03.2012)

„Warum sollen wir das abbrechen?“ – Rüdiger Maresch ignoriert als grüner Verkehrssprecher in Wien die Unterschriften für eine Volksbefragung zum Parkpickerl.

(heute.at, 06.06.2012)



Radikale Umverteilung und Recht auf Faulheit

Für Rot und Grün zählen nicht die Leistung der Menschen, sondern nur die Alimente des Staates. Das sieht man ganz deutlich am Beispiel der Mindestsicherung: Denn in der rot-grünen Stadtregierung in Wien wird bereits jetzt kein Wert auf Kontrollen gelegt und die Arbeitsfähigkeit wird nicht überprüft. Während in Niederösterreich nicht einmal 10.000 Menschen Mindestsicherung beziehen, sind es im Rot-Grün-regierten Wien fast 130.000! Und die grünen Traumtänzer gehen wie immer noch einen Schritt weiter: Sie wollen, dass alle auch ohne Notwendigkeit und Erwerbszwang ein Recht auf Grundsicherung haben. Das heißt mit anderen Worten: Wer nicht will, der muss nicht, und die Allgemeinheit wird schon dafür aufkommen!



Hilfe zur Selbsthilfe

Arbeit ist ein zentraler Wert im Leben der Menschen: Sie ermöglicht sinnstiftende Entfaltung des Einzelnen, gibt dem Menschen einen Platz in der Gesellschaft und ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich Leistung lohnt und die den Wert von Arbeit anerkennt. Klar ist auch: Wer Hilfe braucht, soll Hilfe bekommen. Ein soziales Auffangnetz für in Not geratene Menschen ist daher eine Selbstverständlichkeit. Wir stehen für ein Modell, das in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe verspricht und Hilfe für die, die es wirklich brauchen. Die Mindestsicherung ist als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt konzipiert und soll nicht als „soziale Hängematte“ missbraucht werden! Es kann nicht sein, dass die hart arbeitenden Menschen mit ihrer täglichen Leistung die grünen Fualpelze erhalten müssen.



„Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, für einen gewissen Zeitraum völlig frei und ohne Not oder zwingende Gründe Grundsicherung beanspruchen zu können.“

(Grundsatzprogramm der Grünen 2001)



Rückschritte im Pensionsystem

Kommt Rot-Grün, würden auch die Errungenschaften der bisherigen Pensionsreformen zurückgedreht. Es drohen Kürzungen bei bestehenden Pensionen und die Abschaffung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Pension. Langfristig würde die linke Verteilungspolitik zum Kollaps unseres Pensionsystems führen, was hieße, dass unsere Kinder und Enkelkinder keine Pension mehr bekommen würden.



Unsere Pensionen

Wir wollen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder einmal eine Pension haben, von der sie im Alter gut leben können. Dazu muss das System aber finanzierbar bleiben und deshalb haben wir wichtige Reformen im Pensionsbereich umgesetzt. Diese Reformen waren wichtig, richtig und notwendig, um die nachhaltige Finanzierung unseres Pensionssystems sicherzustellen. So schaffen wir den nötigen Rahmen, damit der sorgenfreie Lebensabend der Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin garantiert ist. Weil wir an die Jungen denken, müssen wir uns daran gewöhnen, dass wir länger arbeiten. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass das faktische Pensionsantrittsalter bis 2020 um 4 Jahre steigt.



SPÖ demonstriert gegen Pensionssicherungsreform 2003. Grüne zeigen Verständnis für Streiks.

(news.at, 30.04.2003)



Autofahren wird teurer

Rot-Grün führt einen regelrechten Kampf gegen die Autofahrer. Was in Wien bereits vorgezeigt wurde, wird nun flächendeckend auf ganz Österreich ausgedehnt. Rot-Grün im Bund bedeutet: PKW-Maut auf allen Straßen und Anhebung der MÖSt. Unsere Rechnungen haben ergeben: Bei der Anhebung der MÖSt auf Diesel auf das Niveau von Deutschland und einer PKW-Maut von 2,8 Cent/km ergibt das bei 20.000 gefahrenen Kilometern pro Jahr eine Mehrbelastung von 720 Euro. Über die gesamte Legislaturperiode sind das 3.600 Euro. Im Gegenzug wird noch mehr Geld in die ineffiziente ÖBB gepumpt, obwohl jeder Österreicher die ÖBB jetzt schon mit 800 Euro pro Jahr subventioniert.



Wahlfreiheit bei der Art des Transportmittels

Für die ÖVP stehen Freiwilligkeit und Wahlfreiheit seit jeher im Mittelpunkt. Freiwilligkeit und Wahlfreiheit müssen sowohl bei der Wahl des Wohnortes als auch bei der Wahl des Verkehrsmittels zur Arbeit gewahrt bleiben. Dafür müssen gerechte Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit alle arbeitenden Menschen von steuerlichen Erleichterungen profitieren können. Bei der Art und Weise dieser Hilfe setzt sich die ÖVP für volle Ehrlichkeit bei der Bewertung des Aufwandes, mehr Kostenwahrheit und mehr Transparenz ein. Mit der ÖVP soll kein Verkehrsteilnehmer diskriminiert werden – die Wahlfreiheit steht im Vordergrund.



„Der Preis für Diesel muss auf das Niveau der Nachbarländer angehoben werden.“ – Eva Glawischnig

(news.at, 03.04.2007)

„Ökosteuernmodell der Grünen fordert PKW-Maut von 2,8 Cent/km.“

(gruene.at)



Fußgänger werden zum Freiwild erklärt

Der Fahrradverkehr soll jeglichen Freiraum bekommen. Die Forderung der Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht bedeutet, dass die Fußgänger und vor allem ältere Menschen und Kinder im Straßenverkehr zum Freiwild erklärt werden. Durch diese Maßnahme wird es auch zu einer Behinderung des Individualverkehrs und damit der Flüssigkeit und Leichtigkeit kommen. Umfangreiche Behinderungen und auch massive Gefahrenmomente für Radfahrer werden dadurch geschaffen.



Sicherheit von Kindern und älteren Menschen

Wir werden alles unternehmen, dass der Fußgänger in Wien nicht zum Freiwild erklärt und der Individualverkehr nicht mutwillig eingeschränkt wird. Wir fördern das Radfahren, aber unter gewissen Bedingungen, die für alle Beteiligten von Vorteil sind.



„Die heute von Bundesministerin Bures angekündigte Flexibilisierung der Radwegebenutzungspflicht ist sehr zu begrüßen.“ – Vizebürgermeisterin und Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou

(wien.gv.at)



Verteuerung des Verkehrs schadet der Wirtschaft

Wien macht es vor: Der Fahrzeugverkehr wird immer mehr zurückgedrängt und der Parkraum wird zu Gunsten des Radverkehrs verkleinert. Einkaufsstraßen werden dadurch unattraktiv, da keine Parkmöglichkeit vorhanden ist und keine leistbaren Abstellplätze geschaffen werden. Verkehr und Transport sind der Blutkreislauf der Wirtschaft. Wenn der Verkehr verteuert wird, gerät die ganze Wirtschaft ins Stocken. Und mit der flächendeckenden Einführung einer LKW-Maut wird nicht nur der Wirtschaft geschadet, sondern auch Produkte des täglichen Lebens werden teurer.



ÖVP schützt den Standort und die Wirtschaft

Für eine funktionierende Wirtschaft, für Großstädte und auch für einen vitalen ländlichen Raum ist der Verkehr eine Notwendigkeit. Die ÖVP möchte daher keine der Gruppen gegeneinander ausspielen, sondern eine funktionierende Symbiose schaffen, in der für alle die Interessen gewahrt bleiben.



„Bures muss ... höhere LKW-Maut einfordern.“ – Gabriela Moser, Infrastruktursprecherin der Grünen (OTS, 06.06.2010)

„Die rot-grüne Stadtregierung dreht ordentlich an der Gebührenschaube. Nach Wasser, Abwasser und Müll präsentierten Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou und SP-Verkehrssprecher Karlheinz Hora am Mittwoch die Erhöhung der Parkgebühren, die am 1. März 2012 in Kraft tritt.“

(Die Presse, 17.11.2011)

„Ruf nach Maut-Ausdehnung wird lauter: Grüne, Gewerkschaft, Arbeiterkammer und VCÖ haben sich am Dienstag für eine Ausdehnung der Schwerverkehrsabgabe von Autobahnen und Schnellstraßen auf Bundes- und Landesstraßen ausgesprochen.“

(krone.at, 27.03.2007)



Abschaffung des Bundesheeres

Rot-Grün stellt ein Sicherheitsrisiko für Österreich dar. Denn mit der Abschaffung der Wehrpflicht, wie das Rot-Grün will, droht Österreich nicht nur die Wehrlosigkeit, sondern auch das Ende des Katastrophenschutzes und das Aus für den Zivildienst.

Die SPÖ will die Einführung eines Berufsheeres. Besonders die Menschen in den Hochwassergebieten, die sich in der Vergangenheit auf die Hilfe des Bundesheeres und seiner Wehrpflichtigen verlassen konnten, werden wissen wollen: Was bedeutet ein Berufsheer für die Einsatzbereitschaft in Katastrophenfällen? Gleiche Leistung zum gleichen Preis ist nämlich schlicht nicht drinnen. Die Grünen sagen gleich, dass das Bundesheer abgeschafft und zu einer, nur wenige Tausend Mann zählenden internationalen Polizeitruppe degradiert werden soll. Rot-Grün will ein etabliertes System durch ein unausgereiftes und teureres System ersetzen.



Ja zum Österreich-Dienst

Unsere Position ist klar: Wir sagen „Ja“ zu einer Reform des österreichischen Bundesheeres. Mit der ÖVP wird es eine Abschaffung des Bundesheeres nicht geben. Was es braucht, ist ein Heeres-Konzept, das drei zentrale Eckpfeiler erfüllen kann: Erstens Katastrophenschutz, zweitens Auslandseinsätze und drittens die Landesverteidigung. Der Österreich-Dienst ist das ÖVP-Modell für eine reformierte Wehrpflicht und soll aus drei Säulen bestehen: dem klassischen Militärdienst an der Waffe, einer Ausbildung zum Katastrophenschützer und dem Zivildienst. Wir sind die Sicherheitspartei in Österreich.



„Eine Beibehaltung der Wehrpflicht halte ich nicht für zeitgemäß.“ – Werner Faymann

(diepresse.com, 18.01.2011)

„Es ist höchste Zeit, dass das Versprechen für eine Volksbefragung über die Abschaffung des Bundesheeres endlich eingelöst wird.“ – Peter Pilz

(OTS, 27.08.2011)



Ausverkauf unserer Sicherheit

Neben der Abschaffung der Wehrpflicht setzt Rot-Grün auch alles an den Ausverkauf unseres Bundesheeres. Darabos verscherbelt bereits jetzt modernste Technik (siehe Verkauf von 40 Leopard II-Panzern) und Günther Kräuter will unsere Luftraumüberwachung unseren Nachbarn überlassen. Wenn es nach den Grünen geht, kommen nicht nur Panzer und Flieger unter den Hammer, sondern gleich das halbe Verteidigungsministerium und der Großteil der Liegenschaften. Das ist keine Sicherheitspolitik, sondern verantwortungslose Gefährdungspolitik.



Ja zu unserem Bundesheer

Wir stehen zum Erhalt des Österreichischen Bundesheeres und zur Sicherheit unseres Landes. Um diese garantieren zu können, braucht unser Bundesheer das notwendige Gerät, um üben und im Ernstfall eingreifen zu können. Willkürliche Verkaufsaktionen sind gefährlich für die Sicherheit unseres Landes und werden von uns abgelehnt. Wir wollen nicht, dass unsere Sicherheit vom guten Willen anderer Länder und von einer grünen Chaostruppe im eigenen Land abhängt!



„Für Österreich ist es doch sinnlos, ... die nächsten Jahrzehnte den Luftraum zu überwachen ...“ –

SPÖ-Geschäftsführer Günther Kräuter

(tt.com, 01.01.2012)

„Mit dem neuen Bundesheer werden überflüssig: Waffen und Waffengattungen wie Kampfpanzer, Artillerie und Eurofighter, die dazugehörigen Einheiten, Landesmilitärkommanden, rund die Hälfte des Verteidigungsministeriums, der Großteil der Liegenschaften, die Miliz und damit die Wehrpflicht.“

(Presseunterlage von Peter Pilz, 31.01.2011)



Soziale Hängematte durch höheres Arbeitslosengeld

Durch eine weitere Anhebung des Arbeitslosengeldes geht jeder Anreiz zur Wiederaufnahme einer Erwerbsarbeit verloren, weil die Differenz zwischen Sozialleistung und Entgelt zu gering sein wird. Arbeitslosigkeit wird so belohnt, anstatt Anreize zur Wiederaufnahme einer Erwerbsarbeit zu schaffen. Darüber hinaus würde die finanzielle Belastung wiederum über eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zu finanzieren sein; jede weitere Erhöhung in diesem Bereich verteuert den Faktor Arbeit und führt zu weniger Beschäftigung.



Menschen zurück in die Arbeitswelt führen

Die Arbeitslosigkeit und das Arbeitslosengeld sollen keine Dauerversorgung sein, sondern ein Fangnetz für eine bestimmte Zeit. Ziel muss es daher sein, größtmögliche Anreize zur Wiederaufnahme einer Erwerbsarbeit zu schaffen. Die ÖVP tritt für den Ausbau von Kombilohnmodellen ein, um so den Übergang von Arbeitslosigkeit zur Erwerbsarbeit zu erleichtern. Dabei soll der Lohn von Langzeit-Arbeitslosen, die einen gering bezahlten Job annehmen, mit fünf bis 50% bezuschusst werden.



„Wir brauchen dringend eine höhere Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld.“ – Erich Foglar

(OTS, 08.11.2009)



Arbeitszeitverkürzung, die den Wohlstand gefährdet

Die SPÖ fordert eine Verkürzung der Arbeitszeit und gefährdet damit massiv unseren Wirtschaftsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen. Dies zeigt wiederum das Beispiel aus Frankreich (das einzige europäische Land, das in den letzten Jahrzehnten unter sozialistischer Führung eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung eingeführt hat), wo sich die Maßnahmen negativ auf Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit ausgewirkt haben und nicht zu mehr Beschäftigung geführt haben. Die Grünen fordern sogar eine Arbeitszeitsenkung auf 30 bis 32 (!) Wochenstunden. Außerdem sollen Überstunden – in Form erhöhter Dienstgeber-Beiträge – höher besteuert werden. Diese wirtschaftsfeindliche Politik gefährdet unsere heimischen Unternehmen und schadet dem österreichischen Wirtschaftsstandort.



Mehr Lohn bei gleicher Arbeitszeit

Unsere Perspektive ist nicht eine Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn, sondern mehr verdienen bei gleicher Arbeitszeit. Wir wollen den Menschen die Möglichkeit geben, mehr Geld zu verdienen, und ihnen nicht vorschreiben, dass sie weniger arbeiten müssen. Mit dem Modell der Mitarbeiterbeteiligung soll den Mitarbeitern die Chance gegeben werden, sich am Unternehmen zu beteiligen und so mehr Geld zu verdienen. Dieses Modell bietet außerdem den Vorteil, dass es zu einer stärkeren Bindung zwischen dem Unternehmen und den Arbeitnehmern kommt.



„Die Effizienz ist bei 30–32 Wochenstunden am größten“ – Birgit Schatz, Arbeitnehmerinnen-sprecherin der Grünen über eine Verkürzung der Arbeitszeit

(gruene.at, 01.05.2012)

„Daher treten wir für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden ein – bei vollem Lohnausgleich.“ – SPÖ-Oberösterreich

(Unsere Arbeit. Sozialdemokratische Ideen zu Leben und Arbeit)



Überhöhter Mindestlohn zerstört Arbeitsplätze

Der Gedanke, dass nur eine gesunde Wirtschaft Arbeitsplätze sichern kann, hat sich bei Rot-Grün noch nicht durchgesetzt. Die Wirtschaft ist ein Feindbild, Unternehmer werden zu Melkkühen der Nation, die solange gemolken werden, bis sie in den Ruin getrieben werden. Mit der Forderung eines Mindestlohns von bis zu 1.500 Euro werden nicht nur kleine und mittlere Unternehmen in ihrer Existenz gefährdet, sondern auch zahlreiche Arbeitsplätze in der heimischen Wirtschaft vernichtet. SPÖ und Grüne mischen sich in die Lohnpolitik der Sozialpartner ein und lobbyieren ausschließlich für die Interessen des ÖGB.



Lohnverhandlungen sind Sache der Sozialpartner

Wir stehen für die partnerschaftliche Gesellschaft, in der die gegensätzlichen Interessen am Verhandlungstisch und nicht mit der Gesetzeskeule gelöst werden. Löhne sind Ergebnisse branchen- und betriebsbezogener Prozesse. Wer von außen her Einfluss darauf nimmt, greift in die Autonomie der Kollektivvertragspartner ein, gefährdet damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und zerstört Arbeitsplätze. Vor allem gering qualifizierte Arbeitsplätze sind betroffen. Die ÖVP steht daher für die Beibehaltung der guten Sozialpartnertradition zur Lohnfindung. Darüber hinaus tritt die ÖVP für den Ausbau von leistungsorientierten Mitarbeiterbeteiligungsmodellen ein.

„Ja ich mache mich dafür stark, dass der Mindestlohn auf 1.300 Euro angehoben wird, weil es meiner Meinung nach Zeit dafür ist.“ – Heinisch-Hosek

(OTS, 13.09.2010)

„Sollte die Gewerkschaft sich ... mit einem 1300 Euro-Mindestlohn durchsetzen, wäre das ein wichtiger erster Schritt ...“ – Die Grünen

(OTS, 17.11.2010)

„Ich bleibe bei meinem politischen Zugang: Ein Mindestlohn von 1.500 Euro brutto für Vollzeitarbeit ist anzustreben.“ – Josef Ackerl

(nachrichten.at, 30.05.2012)



Überregulierung Arbeitsmarkt und Erhöhung Lohnnebenkosten

Rot-Grün macht auch nicht vor unseren Betrieben halt. Doch diese stöhnen schon jetzt unter der hohen Steuer- und Abgabenlast. Eine Erhöhung der Lohnnebenkosten würde die Last auf den Schultern unserer Unternehmer noch schwerer machen. Außerdem soll unter Rot-Grün jede Form der Arbeitsmarktflexibilität untersagt und jeder Job auf Lebenszeit garantiert werden – unabhängig von der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und der Leistung des Arbeitnehmers. Zukünftig soll es bei Diskriminierungsfällen auch eine Beweislastumkehr geben. Demnach muss der Beklagte beweisen, dass er den Kläger nicht diskriminiert hat. Dies ist eine absolute Kuriosität in unserem Rechtssystem und stellt eine weitere Belastung für unsere Unternehmer dar. Auf die Auswirkungen auf den Standort Österreich und die gesamtwirtschaftlichen Folgen wird bei Rot-Grün völlig vergessen.



Arbeitsmarktflexibilität erhalten

Nur in flexiblen Arbeitsmärkten ist Wachstum möglich. Mit einer Arbeitslosenquote von 4% (EU) ist Österreich Europameister – und das wollen wir auch bleiben. Dazu ist es allerdings notwendig, Unternehmen am Standort Österreich zu halten und nicht mit standortfeindlichen Maßnahmen zu vertreiben. Die ÖVP lebt den Gedanken der Flexicurity: größtmögliche Arbeitsmarktflexibilität bei zeitgleicher sozialer Absicherung. Eingriffe in die Wirtschaft dürfen niemals Selbstzweck sein. Einseitige Eingriffe, die nur die Wirtschaft belasten, wie eine Erhöhung der Lohnnebenkosten, lehnen wir ab.

„Wer ältere Arbeitnehmer kündigt, soll dafür für einige Zeit das Arbeitslosengeld bezahlen.“ – ÖGB-Pensionisten-Chef Werner Thum

(wienerzeitung.at, 20.04.2011)



Österreichische Volkspartei, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien,
Tel. +43 (1) 401 26 DW 100, Fax DW 109, service@oevp.at,
www.oevp.at

In Kooperation mit dem ÖVP Parlamentsklub.